

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Nichtstun: der grösste Fehler

Am Abstimmungswochenende vom 9. Juni wurden in drei Kantonen sowie in der Stadt Winterthur Vorlagen über liberalisierte Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Trotz zahlreichen Argumenten für eine Flexibilisierung wollte eine Mehrheit der Abstimmenden am bisherigen Zustand nichts ändern.

Vieles spräche dafür

Solchem Ansinnen wurde aber eine Abfuhr erteilt. Das ist aus verschiedenen Gründen bedauerlich:

■ Bei den Konsumenten herrscht Katerstimmung. Es wird nicht gekauft, sondern gespart. Freiere Ladenöffnungszeiten hätten dazu beitragen können, den Konsum anzukurbeln. Denn kaufen kann man nur, wenn die Geschäfte offen sind.

■ Die grossen Unternehmen bauen Arbeitsplätze in der Schweiz ab. Die Hoffnung für den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt ruht auf den kleinen und mittleren Betrieben. Längere Ladenöffnungszeiten hätten für die Unternehmer wenigstens eine staatliche Fessel gelockert.

■ Wo in der Schweiz freie Ladenschlussvorschriften bereits Realität sind, wurden positive Erfahrungen damit gemacht: Die Geschäfte bleiben so lange offen, wie Bedarf vorhanden ist, die kleinen Läden profitieren ebenso wie die grossen Einkaufszentren.

Die Chancen sehen!

Es war wohl die Vorsicht, die Skepsis die zum Nein führten. Es wurden Risiken befürchtet, nicht Chancen gewittert. Es wurde mit längeren Arbeitszeiten für das Verkaufspersonal argumentiert, nicht mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es überwog die Angst, der Konkurrent könnte aus den neuen Freiheiten mehr Profit schlagen als man selbst.

Vergessen wird dabei: Wir leben nicht mehr allein auf dieser Welt. Die Grenzen sind durchlässig geworden, Wettbewerbsvor-



Mehr Freiheit und Flexibilität: angesichts des kaum mehr überblickbaren Paragraphenschwungs ein Muss. (Photo ruti)

teile werden immer wichtiger. In Nichtstun als Scheu vor Risiko dieser Welt kann ängstliches der grösste aller Fehler sein. ■

Markus R. Seiler,
Pressechef der FDP
der Schweiz

Das Stimmvolk hat vier Vorlagen deutlich verworfen, die alle dasselbe Ziel verfolgten: eine Liberalisierung der geltenden Ladenöffnungszeiten. Mehr Flexibilität und Freiheit sollten erreicht werden, für die Kunden wie für die Gewerbetreibenden. Vermehrt sollte das freie Spiel von Angebot und Nachfrage die Geschäftsöffnungszeiten bestimmen.

Inhalt

- Letzte Möglichkeit: Jetzt noch anmelden für die FDP-Sommeruniversität. Seite 9
- Wie weiter mit den drei Kreisen? Die Ausländerpolitik im Forum auf den Seiten 10 und 11
- Arbeitsgesetz. Der Abstimmungskampf hat begonnen. Seite 12

Sozialpolitik



Der Bericht «IDA FiSo» eröffnet düstere Perspektiven für die künftige Finanzierung unserer Sozialwerke. Wie es in der Sozialpolitik weitergehen muss, lesen Sie ab Seite 5.

FRANZ GEORG HÄLLEN
DIR. SCHM. LANDESBIB.
HALLMYLSTRASSE 15
3003 BERN

Von der Utopie des freien Marktes

Andreas Iten,
Ständerat, Unterägeri

Am 23. August des letzten Jahres schrieb Michael Kohn einen Artikel mit dem Titel: «Vom Zauberwort zur Schwerarbeit». Da hiess es zu Beginn: «Seit dem Kollaps der Plan- und Kommandowirtschaften des Ostens hat die Idee der Marktwirtschaft starken Auftrieb erhalten. Der Markt stellt in der Tat ein effizientes Mittel dar, um Probleme der Wirtschaft und der Gesellschaft zu bewältigen.»

Der Beobachter und Skeptiker, der von einer Plan- und Kommandowirtschaft nie etwas gehalten hat, fragt leise und bescheiden: «Tut der Markt das?» Er muss leise und bescheiden fragen, weil heute das Lob des freien Marktes und mit ihm das der Privatisierung, Deregulierung und Globalisierung laut daherkommt. So soll denn diese Kolumne leise gehalten werden.

Die Klassiker des Neoliberalismus

Die Klassiker des Neoliberalismus sagen, der freie Markt habe die Tendenz zur Schaffung eines Gleichgewichts. Sie zitieren in diesem Zusammenhang Adam Smith, der von einer «unsicht-

Hintergrund

MRS. In der letzten Freisinn-Ausgabe hat sich Jacques Baumgartner an dieser Stelle als regelmässiger Verfasser der Auslandberichte – vorläufig – verabschiedet.

Fortan steht diese Seite unter der Rubrik «Hintergrund» für vertiefende Beiträge, Ansichten und Einsichten freisinniger Autorinnen und Autoren, die über die kurzfristige Tagespolitik hinaus Gültigkeit haben und zum Nachdenken anregen sollen.

Wir wünschen Ihnen anregende Lektüre. ■

baren Hand» zur Steuerung der Gesellschaft durch den Markt gesprochen habe. Die Annahme eines idealisierten Gleichgewichts ist aber kein empirischer Begriff. Es werden demnach in dieser Theorie praktische Vorgänge mit Idealen vermischt, ohne Beweise dafür, dass der reale Markt tatsächlich ein Gleichgewicht in der Gesellschaft herstellt.

Ist es nicht gerade so, dass der Markt die Tendenz zum Ungleichgewicht schafft?

Und so darf denn wohl Michael Kohns Aussage, dass der Markt ein effizientes Mittel sei, gesellschaftliche Probleme zu bewältigen, in Frage gestellt werden.

Wie ist die Realität?

Sieht die Realität nicht anders aus? Ist es nicht gerade so, dass der Markt die Tendenz zum Ungleichgewicht schafft? Was erleben wir heute mit der weltweiten Konzentration von Wirtschaftsmacht?

Wie kommt es, dass die Banken beklagen, es sei auf dem Immobiliensektor für Milliarden am Markt vorbei investiert worden und es seien Gelder in dieser Grössenordnung gefährdet? Die Banken mussten seit 1991 bei Krediten für Immobilien 19 Milliarden abschreiben. Wer trägt die volkswirtschaftlichen Kosten der angezeigten Marktkorrektur? Was wäre die Bedingung, dass der freie Markt tendenziell das Gleichgewicht herstellen würde?

Tendenz zu Instabilität

Die Voraussetzung wäre, dass alle Marktteilnehmer ein vollkommenes Wissen von den Produkten und Vorgängen des Marktes hätten. Da dies aber nicht möglich ist, ist auch das idealisierte Ziel des freien Marktes, das als Tendenz zum gesellschaftlichen Gleichgewicht beschrieben wird, unmöglich erreichbar und bleibt somit eine Utopie ähnlich derjenigen des Marxismus-Kommunismus.

Die freie Marktwirtschaft mit ihren Schlagworten der Globali-

sierung und Deregulierung hat vielmehr die Tendenz zur Instabilität. Sie schafft Gewinner und Verlierer, Reiche und Arme und nimmt sogar, wie das der Thatcherismus offen zugibt, die Zweidrittelgesellschaft in Kauf.

Der freie Markt löst von sich aus die gesellschaftlichen Probleme gerade nicht, und er spitzt sie durch Verschärfung zu, indem er weltweit ein soziales Unruhe- und Angstpotential schafft, das eines Tages explodieren kann.

Primat der Politik

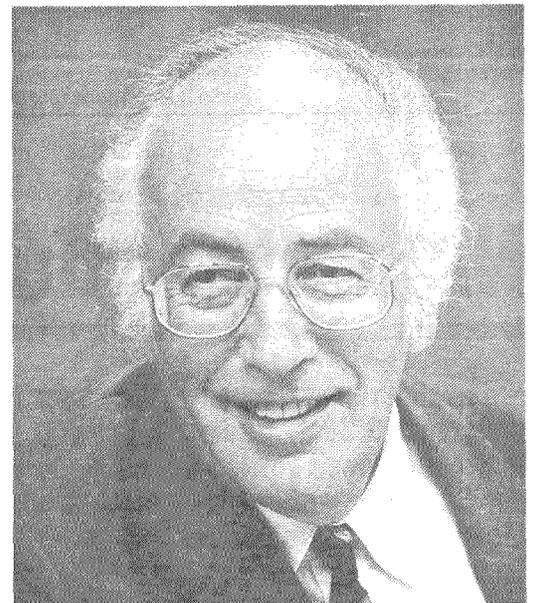
Neoliberale Theoretiker sprechen heute vom Primat des Marktes vor der Politik. Und sie finden damit nicht wenig Gehör. Die Diskussion im Zusammenhang mit den Wahlen in Italien, einem Land, das heute wirtschaftlich funktioniert, aber völlig destabilisiert ist, zeigen deutlich den Ruf nach einer stabilen Regierung.

Neoliberale Theoretiker sprechen heute vom Primat des Marktes vor der Politik Und sie finden damit nicht wenig Gehör.

Das heisst doch wohl: nach dem Primat der Politik vor dem Markt. Es ist eben gerade die Aufgabe der Politik, für Ausgleich und Gleichgewicht zu sorgen. Europa als EU hätte ja keinen Sinn, wenn dies nicht ein Ziel wäre.

Der Staat soll die Folgen korrigieren

Der Sozialismus ist das Pendant zum Neoliberalismus. Damit Sozialismus möglich wäre, müsste er das Gleichgewicht, wie es die Theorie des idealen Wettbewerbs



in der freien Marktwirtschaft postuliert, positiv planen können. Da dies aber nicht gelingen kann, führt der Sozialismus in das Chaos und in die gesellschaftliche Auflösung.

Die gleiche Entwicklung aber ist vom Kapitalismus zu erwarten. Der Kapitalismus betrachtet den Staat als ein Mittel der Korrektur der allerschlimmsten Schäden und Folgen der Marktwirtschaft. Er soll Arbeitslose, Drogensüchtige und alte Leute betreuen und versorgen. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, Umweltschäden zu beseitigen. Er soll tüchtige Leute ausbilden usw.

Ich plädiere hier für den Primat der Politik vor dem Markt. Der Politik kommt eine gestaltende Aufgabe zu. Sie muss sich am Ideal des Gleichgewichts und des Ausgleichs orientieren. Das bedeutet nicht, dass der Staat sich nicht auch moderner, wettbewerbsfähiger Methoden und Mittel bedienen soll; das bedeutet aber, dass er nicht bloss ein «Nachwächter» ist und eines Tages hinter dem völlig freien Wettbewerb des Marktes in einer globalisierten Wirtschaft nachrennt, um die Schäden zu beseitigen.

Wenn ich auf meine Schreibmaschine schaue, dann ist der Staat nicht nur eine Korrekturtafel. Er muss selber den Text verfassen, der für eine menschenwürdige Gesellschaft nötig ist. ■

FDP: Progressivste Partei!

STICHWORTE

Internet:

«Mein Beruf»; ein zaghafter Beginn einer gewaltigen Kommunikationslawine.

Sozialstaat:

Zuviel ist ungesund. Der gezielte Einsatz der Mittel ist entscheidend.

Verfassungsrevision:

Bundesrat Koller wollte das Volk befragen. Eine nette Idee.

Welches ist Ihr Lebensmotto?

Jeden Tag mit gesundem Optimismus und Zuversicht neu angehen!

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die mehr und mehr verstärkte Sensibilisierung der Menschen, zumindest in den Industrieländern, bezüglich Umwelt.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Der Misserfolg der Atomteststopps sowie rücksichts- und massloses Gewinnstreben der Menschheit.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Das Geld. Erst mit Geld wurde es möglich, eine arbeitsteilige Gesellschaft zu bilden und komparative Vorteile auszunutzen.

Die Atombombe. Wenn sie während der Zeit des Kalten Krieges durchaus ihre Daseinsberechtigung hatte – ihre Benutzung käme der Vernichtung der Menschheit gleich.

Was sollte unbedingt noch erfunden werden?

Das Weizenkorn, welches in den unfruchtbarsten Regionen dieser

KURZBIOGRAPHIE

Daniel Hersche

Zur Person: Besuchte in Winterthur das Gymnasium. Daraufhin absolvierte ich eine kaufmännische Ausbildung, die ich jetzt mit der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) zu vertiefen suche.

Alter: 28

Berufliche Stationen: Nach der Alos AG in Zürich, einem Handelsunternehmen der gra-

Erde wachsen und Früchte tragen kann.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Den allgemeinen Wohlstand, der mich mein Leben so angenehm gestalten lässt.

Was misfällt Ihnen in unserem Land?

Die nun schon länger andauernde Innovationslosigkeit und der fehlende Mut zum Aufbruch zu neuen Horizonten beängstigt mich. Dass der Pioniergeist, den wir einmal hatten, verlorengegangen ist, stimmt mich nachdenklich.

Wohin führt Europas Zukunft?

Schwer zu sagen: Je nach der Menge der positiven Signale der politischen Geschehnisse werden sich die Völker einander mehr oder weniger annähern. Damit steht und fällt die Vereinigung Europas.

Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über Minderheiten möglich. Trifft diese Aussage zu?

Fortschritt hat für mich etwas mit Mut zu tun. Ich denke, dem Schweizer geht es im Moment einfach zu gut. Er hat den Mut verloren, etwas zu wagen, denn er könnte am Ende etwas von seinem Wohlstand einbüßen müssen.

phischen Branche, wechselte ich zur NCR, der Computergesellschaft, die zeitweise auch AT&T genannt wurde. Heute arbeite ich bei der Audatex, einer Tochter der Schweizer Rück.

Politischer Werdegang: Dieser Gang steht in seinen Anfängen. Ich bin seit geraumer Zeit in der FDP der Gemeinde Dietlikon Mitglied und stelle mich in der Bibliothekskommission und im Wahlbüro nach Kräften zur Verfügung.

Insofern trifft die Aussage vor allem auf die Schweiz oder auf Völker mit ähnlichem Status zu.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker, wem würden Sie ihn verleihen?

Aung San Suu Kyi aus Burma, die sich so beispiellos für die Demokratie ihres Landes einsetzt.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch ein faktisch fundiertes und einwandfreies Argumentarium und durch die Vertretung seiner eigenen ehrlichen Meinung.

Warum sind Sie bei der FDP?

Mir scheint der Gedanke der automatischen Wirtschaftsregelung in der FDP am besten vertreten.

Was ist die Stärke der FDP, wo sind ihre Schwächen?

Sie ist noch immer die progressivste der vier Bundesratsparteien. Ihr ist jedoch die nötige Bissigkeit abhanden gekommen.

Wenn Sie noch einmal wählen könnten: Welchen Beruf würden Sie heute erlernen?

Ich bin gerade dabei, mein Segelbrevet abzulegen. Wenn ich nun spontan auf diese Frage antwortete, würde ich daher «Kapitän auf einem Segelschiff» sagen. Wenn man nochmals neu beginnen dürfte, sollte man sich auch wieder neue Illusionen zulegen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?



Daniel Hersche: Fortschritt hat mit Mut zu tun!

Pierre Fehlmann, er scheint für mich der Inbegriff des modernen Teamleaders zu sein. Er hat eine Crew durch die Wogen des stürmischen Ozeans zu dirigieren und dabei die volle Verantwortung für sein Tun zu tragen.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ich möchte Klavier spielen können. Dann hätte ich endlich jemanden, der mich beim Singen begleitet.

Welchen Wunsch möchten Sie sich noch erfüllen?

Bis heute bin ich noch nicht über die Grenzen Europas hinausgekommen. Ich wünsche mir aber, noch alle Kontinente dieser Erde bereisen zu dürfen...

Schweizer Armee 97

Auch für 1997 erscheint das beliebte Taschenbuch «Schweizer Armee» wieder und orientiert wie immer umfassend und auf aktuellem Stand über die vielfältigen Aspekte der militärischen Landesverteidigung. Seit dem 1. 1. 1995 wird die Armee 95 realisiert; alle Formationen haben in ihrer neuen Einstellung und Zusammensetzung Dienste in der Armee 95 geleistet. Die Arbeiten auf Gesetzes- und Verordnungsebene zur Armee 95 sind abgeschlossen. Über diese und über erste Anpassungen orientiert das neue Taschenbuch.

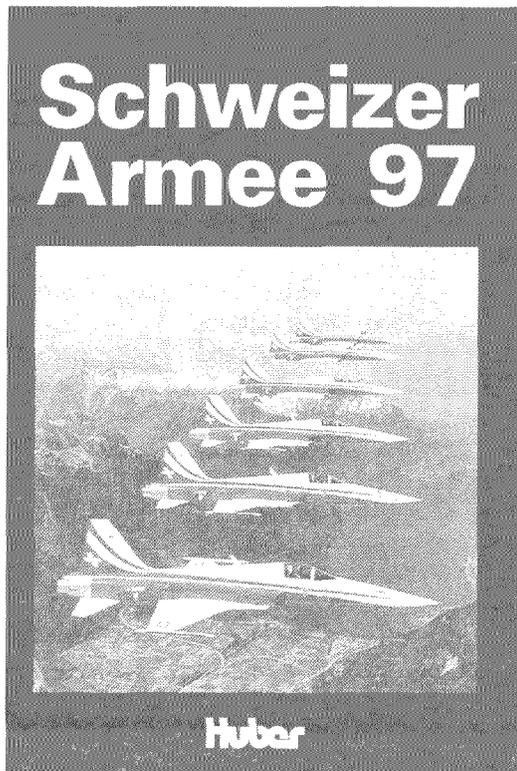
Seit dem 1. 1. 1996 verrichtet die eidgenössische Militärverwaltung ihre Arbeit als EMD 95. In der letzten Ausgabe des Taschenbuches konnte über die neuen Strukturen, nicht aber über Details orientiert werden.

Dies holt das neue Taschenbuch nach. Es zeigt sich, dass bereits heute über mögliche Anpassungen der Armeestrukturen,

über eine neue Armeereform nachgedacht werden muss. *ca. Fr. 29.-, ISBN 3-7193-1121-X. Erscheint im November.* ■

Schon die voraussichtliche Entwicklung der Bestände drängt dies auf; die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage der Schweiz macht es möglich.

Es bestätigt sich, dass einer der Grundgedanken der Armee 95, nämlich flexible Strukturen und damit gute Voraussetzungen für weitere Reformen bzw. Anpassungen zu schaffen, richtig und wichtig war. *Ca. 430 Seiten, Broschur,*



Gleichstellung im Erwerbsleben

Am 1. Juli 1996 war es soweit: Das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, abgekürzt GIG) ist in Kraft getreten. Mit dem Gleichstellungsgesetz steht ein Instrument zur Verfügung, um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben voranzutreiben.

Gesetze sind meist knapp formuliert und bedürfen der Erläuterung für die Praxis. Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann hat deshalb die Rechtsanwältin Elisabeth Freivogel, die sich seit Jahren mit der Thematik befasst, beauftragt, eine gut verständliche Broschüre zusammenzustellen, die deutlich macht, was das Gleichstellungsgesetz will und kann, welche Gesetzesartikel in welchen Fällen anzuwenden sind und wie dabei vorzugehen ist.

Die so entstandene Publikation zeichnet in einem ersten Teil die wichtigsten Punkte des Gleichstellungsgesetzes auf. Die Fallbeispiele im zweiten Teil machen deutlich, welche geschlechtsbedingten Diskriminierungen häufig auftreten und wie mit Hilfe des Gleichstellungsgesetzes dagegen angegangen werden kann.

Die Broschüre richtet sich in erster Linie an Frauen. Sie sind auch heute noch vor allem von Diskriminierungen betroffen. Doch auch Männer erfahren einiges, das ihnen im Arbeitsalltag hilfreich sein kann. Das Büchlein vermittelt Informationen über die neuen Möglichkeiten, sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen, es ersetzt aber keine rechtliche Beratung im Einzelfall.

Herausgeber:
Eidgenössisches Büro
für die Gleichstellung von Frau
und Mann

Eigerplatz 5, 3003 Bern
Tel. (031) 322 68 43

Vertrieb: EDMZ, 3000 Bern.
Bern, Juni 1996, Form 301.933 d
6.96 7000 U-34202/1. ■

Sokrates als Unternehmensberater

Nach 2500 Jahren betritt der griechische Philosoph Sokrates die Szenerie unserer Gegenwart. Mit dialogeschultem Scharfsinn und entwaffnender Ironie führt er Streitgespräche mit beruflichen Aufsteigern und etablierten Unternehmern. Seine bohrenden Fragen und die philosophische Neugierde zwingen seine Gesprächspartner, neu über sich selbst und ihr gewohntes Verhalten nachzudenken. Mit untrüglicher Sicherheit legt Sokrates seinen Finger auf die Wunden unserer Zeit. Es geht um den Umgang der Menschen miteinander, um Macht und Erfolg, Geld und Politik.

Tom Voltz:

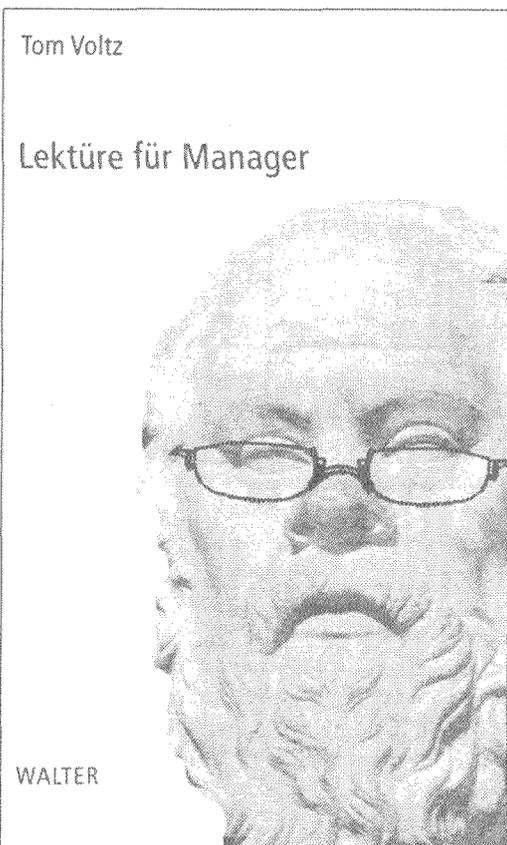
Dialoge mit Sokrates.

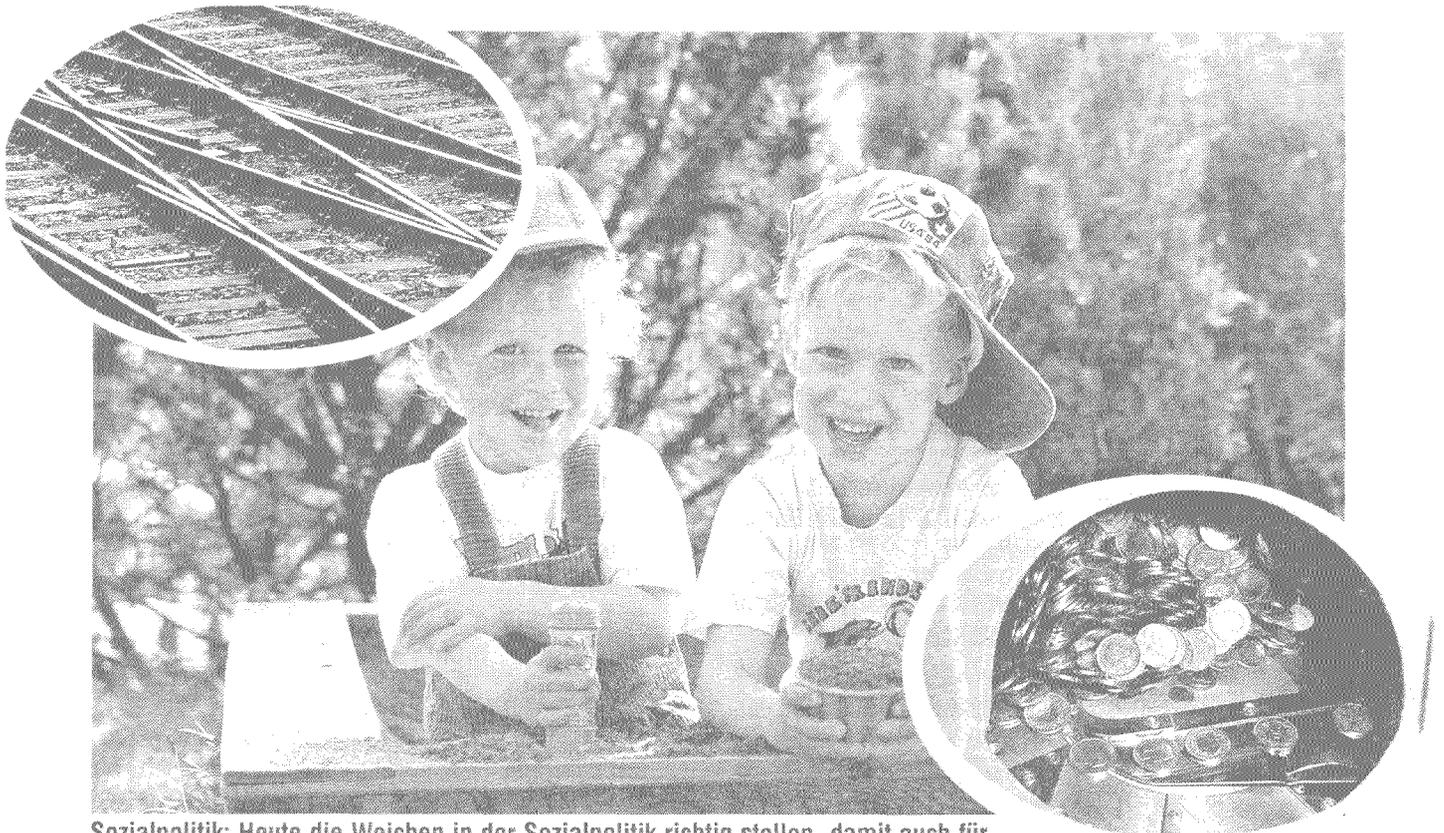
Lektüre für Manager. Ca. 180

Seiten, Format
11,5 x 19 cm.
Gebunden, mit
Schutzumschlag
ca. Fr. 32.50. ISBN 3-
530-30016-0.
Erscheint im
August. ■

Tom Voltz

Lektüre für Manager





Sozialpolitik: Heute die Weichen in der Sozialpolitik richtig stellen, damit auch für die kommende Generation genügend Geld vorhanden ist. (Photos senn)

Sozialversicherungen: Marschhalt für ein Fundament, das trägt

Im Zentrum der Sommersession der eidgenössischen Räte stand die Frage, wie unsere Sozialwerke angesichts düsterer finanzieller Prognosen langfristig gesichert werden können. Die Diskussion ausgelöst hat der mit Spannung erwartete Bericht über die künftige Finanzierung der Sozialversicherungen. Seit Wochen bewegt das Kürzel «IDA FiSo», hinter dem sich dieser Bericht verbirgt, die Gemüter der Schweizer Medien- und Politszene.

Markus R. Seiler,
Presseschef FDP Schweiz

«IDA FiSo» steht für einen Bericht der Bundesverwaltung, der Klarheit schaffen soll über den Bedarf an finanziellen Mitteln zur Aufrechterhaltung unserer Sozialversicherungen im nächsten Jahrhundert.

Der Bericht bestätigt jene Fakten schwarz auf weiss, auf welche die FDP in letzter Zeit wiederholt hingewiesen hatte und die von Bundesrätin Ruth Dreifuss immer wieder in Abrede gestellt wurden. Zur Erhaltung unserer Sozialwerke werden massive fi-

nanzielle Beträge notwendig sein – der Bericht geht von einem Zusatzbedarf aus, der bis im Jahr 2025 dem Betrag von 13 Prozent Mehrwertsteuer entspricht – Wirtschaftswachstum eingerechnet und ohne zusätzlichen Leistungsausbau.

Diese Ergebnisse sind besorgniserregend, erstaunen aber nicht. Panik ist deshalb fehl am Platz. Wichtig ist aber, dass wir uns jetzt Gedanken darüber machen, wie wir unsere Sozialwerke im kommenden Jahrhundert sichern können.

Verantwortungsvolle Politik, wie sie die Freisinnigen verste-

hen, darf sich nicht auf Kritik am EDI und dessen Vorsteherin, Bundesrätin Dreifuss, beschränken – auch wenn diese berechtigt ist. Die FDP hat deshalb klare Vorstellungen darüber, wie sie die Sozialpolitik in Zukunft gestalten will.

Bestehendes sichern, Perspektiven eröffnen

Gefordert ist jetzt ein Marschhalt. Der Sicherung der bestehenden Sozialwerke als tragende Säulen unseres Staates kommt höchste Priorität zu. Eine zu erstellende Gesamtschau über Finanzierungs- und Leistungsseite muss sodann Klarheit darüber verschaffen, wo mit Massnahmen anzusetzen ist.

Mehreinnahmen allein bringen nicht die Lösung der Probleme. Es gilt vielmehr, sich auch Gedanken darüber zu machen, wo Einsparungen oder Abstriche auf der Leistungsseite möglich und vertretbar sind. Weiteren

Ausbauwünschen ist mit Vorsicht und Zurückhaltung zu begegnen.

11. AHV-Revision im Vordergrund

Für die FDP steht daher eine rasch einzuleitende 11. AHV-Revision im Vordergrund. Es wird sich dabei um eine Finanzierungsreform handeln müssen. Nur so wird es uns gelingen, der kommenden Generation statt Altlasten Chancen zu vererben. Denn sinkende Geburtenraten, längere Ausbildungszeiten und eine gestiegene Lebenserwartung haben neue Realitäten geschaffen, haben das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern nachhaltig verändert.

Bestehende Leistungen sichern, Perspektiven für morgen eröffnen. Darum muss es jetzt in der Sozialpolitik gehen. Im Interesse der Rentnerinnen und Rentner wie der Beitragszahler. Für die morgige Generation, deren Brot wir heute essen. ■

Abschied vom Wunschdenken

Der Bund hat 82 Milliarden Franken Schulden. Jedes Jahr kommen 5 bis 7 Milliarden dazu. Nun zeigt uns der Bericht «IDA FiSo», dass uns bis im Jahr 2010 noch weitere 29 Milliarden Franken fehlen werden, allein für die Gewährleistung des jetzigen Standes unseres Sozialversicherungssystems.

**Nationalrätin
Christine Egerszegi-
Obrist, Mellingen AG**

In dieser Lage müssen wir Erreichtes überprüfen, Bewährtes sicherstellen und Projekte vorerst zurückstellen oder auch neue Wege in Betracht ziehen. Das heisst, wir sollten auf die Einführung einer Mutterschaftsversicherung verzichten. Wir können dies tun, wenn wir die Lücken im Mutterschutz, die tatsächlich noch bestehen, auf anderem Wege schliessen:

■ Alle berufstätigen Frauen sollten während der Zeit ihres Arbeitsverbotes, d. h. während acht Wochen nach der Geburt, eine garantierte Lohnfortzahlung haben.

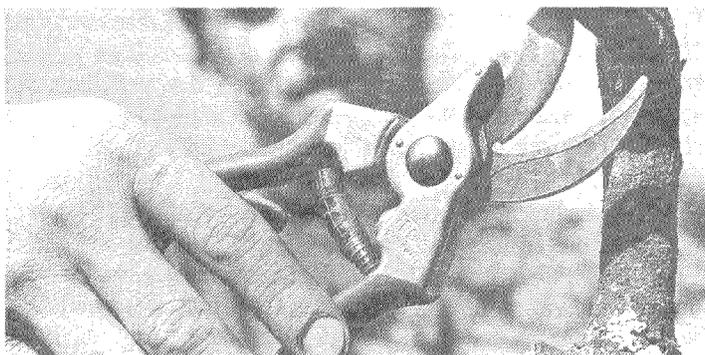
■ Keine Frau sollte wegen der Geburt eines Kindes in finanzielle Not geraten. Hier muss gezielt mit kantonalen Mutterschaftsbeihilfen, wie sie bereits die meisten Kantone kennen, das Fehlende zum Existenzminimum ergänzt werden.

■ Mutterschaft und Kindererziehung sind bei Steuerrechtsrevisionen und in den Revisionen der Sozialversicherungen als Beitrag an die Gesellschaft mit einzu-beziehen (beispielsweise Kinderbetreuungsbonus der 10. AHV-Revision). Das ist durch Umbau zu erreichen.

Ein weiterer Sozialausbau ist Wunschdenken

Heute werden bereits alle Kosten einer Schwangerschaft und Geburt von der obligatorischen Krankenversicherung gedeckt. Die Mutterschaft kann zudem im neuen KVG versichert werden durch eine Zusatzversicherung, die die Mütter selber, ihre Arbeitgeber oder Arbeitnehmerorganisationen abschliessen können.

Wir brauchen neue Denkanstösse und Haltungen. Wir stehen vor der Herausforderung, dass wir unsere wichtigsten Sozialwerke für die kommende Generation finanziell sicherstellen müssen. Das ist eine grosse Aufgabe, aber sie wird zu bewältigen sein. Oberste Priorität hat dabei die Existenzsicherung unserer Betagten, Verunfallten, Invaliden und der Arbeitslosen, die trotz Bemühungen keine Stelle finden. Ein weiterer Ausbau unseres Sozialsystems ist vorerst Wunschdenken. Deshalb ist es endlich an der Zeit, dass alle den Kopf aus dem Sand nehmen, denn das Eingestehen einer Schwierigkeit ist der entscheidende Anfang zu ihrer Überwindung. ■



Sichern, überprüfen, zurückstellen, umbauen. Auch das Projekt einer Mutterschaftsversicherung ist unter diesem Blickwinkel neu zu beurteilen. (Photos senn)

Die Glaubwürdigkeit des EDI

Nachdem die im Bericht «IDA FiSo» enthaltenen Zahlen über die Zukunft unserer Sozialwerke noch vor der Behandlung im Bundesrat an die Öffentlichkeit gelangt waren, ergriff Bundesrätin Dreifuss die Flucht nach vorn. Defensiv stellt sie fest, dass diese Zahlen nicht erstaunlich seien.

**Nationalrätin
Trix Heberlein,
Zumikon ZH**

Diese Meinung hat die FDP in ihren Stellungnahmen zur 10. AHV-Revision, in ihren Vorstössen zur 11. AHV-Revision und zur Zukunft der Sozialwerke seit Jahren vertreten. Beträchtliche Defizite der AHV-Rechnung nach dem Jahr 2000 wurden vorausgesagt, doch stiessen sie kaum auf ein Echo – im Gegenteil!

Alle 5 Jahre 2 Prozent mehr Mehrwertsteuer?

In ihrem «offenen Brief» vom 10. Mai 1994 wandte sich die Vorsteherin des EDI gegen den Missbrauch der Angst in der Politik und erklärte, die AHV stehe auf einem soliden Fundament. In der «Arena» im letzten November musste diese Aussage korrigiert werden, und ein Finanzierungsbedarf von 4 Mehrwertsteuerprozenten für die AHV wurde von

Frau Dreifuss als notwendig bezeichnet.

Im «IDA FiSo»-Bericht sehen die Realitäten noch um einiges negativer aus. Berücksichtigt man das prognostizierte Wirtschaftswachstum, bleibt eine Finanzierungslücke, die einem Betrag von 13 Mehrwertsteuerprozenten entspricht. Dies bedeutet, dass die Mehrwertsteuer für die nächsten 30 Jahre alle 5 Jahre um 2 Prozent angehoben werden müsste. Bei diesen Zahlen von «Szenarien» zu sprechen und die Konsequenzen herunterzuspielen ist verantwortungslos. Gefordert ist jetzt ein Marschhalt. Die Zahlen der einzelnen Sozialversicherungszweige sind zu analysieren. Die Leistungen, die im Bericht ausgeklammert sind, müssen überprüft und in einem Zusatzbericht gesamthaft beurteilt werden.

Fest steht, dass der geforderte Mehrbedarf nicht durch Mehreinnahmen allein gedeckt werden kann, sondern dass die Leistungsseite kein Tabu sein darf.

Klare Prioritäten zu setzen und auf Wünschbares zu verzichten ist unerlässlich. Die Sicherstellung der längerfristigen Finanzierung unserer Sozialwerke ohne unzumutbare Belastungen für den Haushalt von Bund, Kantonen und Gemeinden steht im Vordergrund. Dabei dürfen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft nicht zusätzlich durch weitere Lohnprozente erschwert werden. ■



Der Generationenvertrag: Keine Einbahnstrasse

Der bisherige Auf- und Ausbau unseres Netzes der sozialen Sicherheit ist weitgehend pragmatisch erfolgt. Die Sozialpolitik hat sich weitgehend an den Bedingungen einer wachsenden Industriegesellschaft orientiert. Dazu gehört als Konstante der sogenannte Generationenvertrag.

**Nationalrätin
Lili Nabholz-Haidegger,
Zollikon ZH**

Wir wissen nicht erst seit Erscheinen des «IDA FiSo»-Berichts, dass die Zukunft unserer sozialen Sicherung keineswegs problemlos ist. Aus der einstigen 3-Generationen-Gesellschaft ist dank höherer Lebenserwartung eine 4-Generationen-Gesellschaft geworden. Das eröffnet viele Chancen, bringt aber auch neue Herausforderungen. Speziell für die

AHV und die Krankenversicherung ergeben sich absehbar massive Finanzierungsprobleme, die die Thematik der mittel- und langfristigen Sicherung des Netzes sozialer Sicherheit ins Zentrum der sozialpolitischen Diskussion rücken lassen müssen. Dies ist um so mehr geboten, als die Schultern der kommenden Generationen, denen wir die Soziallasten weitergeben, nicht breiter werden.

Die Jungen sind nicht blind

Die demographische Entwicklung hat zur Folge, dass einer wachsenden Zahl älterer Menschen immer weniger Junge gegenüberstehen. Diese könnten durch die demographiebedingten, stetig steigenden sozialen Kosten bald einmal überfordert sein. Die Jungen sind zudem nicht blind. Sie realisieren, was auf sie zukommt. Bemüht man sich, sich in die Zukunftsprobleme junger Menschen hineinzudenken, wird einem bewusst, dass der Generationenvertrag heutiger

Ausbau nicht mehr wird leisten können. Gefordert ist jetzt ein Marschhalt. Eine Gesamtschau über Finanzierungs- und Leistungsseite soll Klarheit darüber verschaffen, wo Massnahmen ansetzen müssen. Fest steht für die FDP, dass Mehreinnahmen allein nicht die Lösung der Probleme bringen.

Für die FDP steht dabei eine rasch einzuleitende 11. AHV-Revision, noch in der ersten Hälfte der laufenden Legislatur, im Vordergrund. Anliegen, wie sie die verschiedenen eingereichten Initiativen zum AHV-Rentenalter zum Ziel haben (10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters, Ruhestandsrente), sind strikte abzulehnen.

Mit Befremden nimmt die FDP im übrigen von der eigenartigen Informationspolitik des EDI Kenntnis, war doch eine Indiskre-

ausprägung bei ihnen nicht mehr hoch im Kurs steht. Soll der Generationenvertrag als nachhaltige Grundlage unserer sozialen Sicherheit erhalten werden, darf er nicht mehr ausschliesslich als Einbahnstrasse von Jung zu Alt, sondern muss als kommunizierendes System wechselseitiger Solidaritäten zwischen den Generationen verstanden werden.

Es braucht einen Interessenausgleich in beiden Richtungen, da es heute unter den Senioren eine wachsende Zahl finanziell gut gesicherter Menschen gibt, während bei den jüngeren die Zahl der finanziell Geschwächten steigt.

Zu Recht wird in den «Leitlinien zur Sozialpolitik» der FDP festgestellt, dass Solidarität nicht im bedenkenlosen Verbrauch uns anvertrauter Güter und Ressourcen besteht. Sie hat vielmehr Ausdruck wacher Verantwortung auch gegenüber künftigen Generationen zu sein. Sonst riskieren wir, dass sich der Gegensatz Jung - Alt (weiter) verschärft. ■

tion in den Medien Anlass für die überstürzte Präsentation des Berichts, zu dem der Bundesrat noch nicht einmal die Möglichkeit hatte, Stellung zu nehmen.

Als geradezu bedenklich erachtet die FDP schliesslich Verhalten und Vorgehen der SP, welche in einer Pressekonferenz Stellung zum Bericht «IDA FiSo» nimmt, noch bevor sich das SP-geführte EDI selbst geäussert hat. Die detaillierten Hinweise der von der SP aufgelegten Unterlagen lassen den Schluss zu, dass die Arbeitsgruppe von SP und Gewerkschaften schon seit geraumer Zeit durch gezielte Indiskretion im Besitz des Berichtes gewesen sein muss. Dies wirkt angesichts der Tatsache, dass Bundesrätin Dreifuss noch diese Woche via Fernsehen nach der Quelle der – von ihr ausdrücklich verurteilten – Indiskretion suchte, einigermassen grotesk. ■

KOMMENTAR

Die Macht des öffentlichen Drucks

RS. Seit einigen Wochen bewegt ein Begriff die Gemüter: «IDA FiSo». Eine längst fällige Aufgabe harpte damit ihrer Erfüllung. Kein Wunder, dass männiglich die Publikation dieses Berichtes mit Spannung erwartete, sollte er doch endlich jene Fakten schwarz auf weiss beweisen, auf welche die FDP wiederholt hingewiesen hatte und die von Bundesrätin Ruth Dreifuss immer wieder in Abrede gestellt wurden: Zur Erhaltung unserer Sozialwerke werden massive finanzielle Beiträge notwendig sein.

Diese Ergebnisse erstaunen nicht. Seltsam sind hingegen die Umstände, aufgrund deren es zur Veröffentlichung des Berichtes kam, und wundern muss man sich über die vom EDI betriebene Informationspolitik.

Auf Grund einer Indiskretion in einer Zeitung entschliesst sich Bundesrätin Dreifuss Hals über Kopf, nachdem zuvor absolute Informationsperre geherrscht hatte, zu einer Medieninformation. Und bereits drei Tage darauf soll der Bericht aufgelegt werden, ohne dass der Bundesrat zuvor Gelegenheit hatte, davon Kenntnis zu nehmen, geschweige denn Stellung zu beziehen!

Was sachlich gerechtfertigtes politisches Interesse nicht fertigbringt, gelingt dem Druck der öffentlichen Meinung, sprich der Medien, spielend. Bundesrätin Dreifuss verschafft sich und der Sache, um die es geht, keine Glaubwürdigkeit, indem sie auf dieses Spiel einsteigt. Transparenz von Beginn weg wäre der einzig richtige Weg gewesen, um die Öffentlichkeit auf das schliessliche Ergebnis vorzubereiten.

Mit dem gewählten Vorgehen hat man verunsichert. Und an dieser Stelle ist nun Bundesrätin Ruth Dreifuss gefordert, dem Volk nicht mehr länger Sand in die Augen zu streuen, sondern Hand zu tragenden Lösungen anzubieten. ■

STANDPUNKT

Die FDP der Schweiz nimmt mit Interesse die systematische Darstellung des Finanzierungsbedarfs aller Sozialversicherungszweige zur Kenntnis, wie sie mit dem Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» («IDA FiSo») vorliegt.

Die vorgestellten Szenarien und Prognosen zeigen mit aller Deutlichkeit auf, dass Verharmlosung, wie sie bisher vom EDI und von linker Seite immer wieder angestellt wurden, fehlt am Platz waren. Die FDP hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die grosse sozialpolitische Herausforderung für die Zukunft darin bestehen wird, den heutigen Stand der Sozialwerke zu sichern, und dass man sich einen weiteren

Die richtige Antwort?

Bevor er die Sommerpause einläutete, hat der Bundesrat entschieden: SP-Mann Otto Piller wird neuer Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, es wird eine Vorlage für eine Mutterschaftsversicherung geben, und nach erst fünf Monaten mit dem neuen Krankenversicherungsgesetz wird bereits die Verordnung über die Beiträge zur Prämienverbilligung geändert. Wie verträgt sich das mit den wenig erfreulichen Ausichten des Berichtes «IDA FiSo»?

 **Markus R. Seiler,**
Pressechef FDP Schweiz

Mit der Wahl von Otto Piller zum neuen BSV-Direktor ist Bundesrätin Dreifuss ihrer bisherigen Strategie treu geblieben, wonach bei der Besetzung von Spitzenpositionen in ihrem Departement vor allem das richtige Pateibuch zählt.

So erhält die «rote Kapelle» um die Vorsteherin des EDI herum prominenten Zuwachs; dass diese Wahl der angeschlagenen Magistratin aber letztlich nützt, mehrheitsfähige (!) Lösungen für die künftigen gewaltigen Herausforderungen in der Sozialpolitik zu erarbeiten, darf bezweifelt werden.

Mutterschaftsversicherung: Wie bezahlen?

Der Entscheid des Bundesrates, eine Mutterschaftsversicherung einführen zu wollen, klammert die entscheidende Frage noch

aus: Wer soll das bezahlen? Gespannt darf man auf die diesbezügliche Antwort des Bundesrates warten. Fest steht aber: Auch nach den Sommerferien wird nicht mehr Geld zur Verfügung stehen als heute.

Prämienverbilligung: Unverständliches Signal

Am beunruhigendsten ist indes der Entscheid des Bundesrates, ab nächstem Jahr bei den Bundesbeiträgen zur Verbilligung der Krankenkassenprämien auch das kantonale Prämienniveau zu berücksichtigen.

Ein Ziel des neuen Krankenversicherungsgesetzes ist es ja gerade, die tatsächlichen Gesundheitskosten für die einzelnen Prämienzahlerinnen und -zahler transparent zu machen. Das Bewusstsein darüber, wie teuer uns die Gesundheit tatsächlich zu stehen kommt, soll mithelfen, Sparanstrengungen zur Kostendämpfung zu unternehmen. Mit der vom Bundesrat beschlossenen

Verordnungsänderung werden nun aber genau jene Kantone «belohnt», welche die höchsten Gesundheitskosten aufweisen. Wer spart und unpopuläre Massnahmen trifft, sieht sich dagegen bestraft. Das ist unverständlich und kontraproduktiv.

«IDA FiSo»: Wo bleiben die Konsequenzen?

Noch nicht lange ist es her, seit der Bericht «IDA FiSo» der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Szenarien und Prognosen sind alarmierend und zeigen mit aller Deutlichkeit auf, dass Verharmlosungen, wie sie bisher vom EDI und von linker Seite immer wieder angestellt wurden, fehl am Platz sind. Die grosse sozialpolitische Herausforderung für die Zukunft wird darin bestehen, den heutigen Stand der Sozialwerke zu sichern. Einen weiteren Ausbau wird man sich nicht mehr leisten können.

Der Bundesrat hat den «IDA FiSo»-Bericht offiziell noch nicht besprochen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Antworten darauf von seinen jüngsten Beschlüssen unterscheiden werden. ■

Die neuen Mitglieder der FDP-Fraktion und ihre Erfahrungen: Teil II (Fortsetzung von «Freisinn» Nr. 6/96) folgt in der nächsten Nummer.



«IDA FiSo»

Die Haltung der FDP zum Bericht «IDA FiSo» und dessen Konsequenzen auf 5 Seiten

Ja, ich bestelle ein Exemplar

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Talon bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 312 19 51.

Sparen nicht bestrafen!

Unverständnis bekunden die Jungfreisinnigen der Schweiz gegenüber der neuen Subventionsverteilung bei den Prämienverbilligungen des KVG.

Die Berücksichtigung der Prämienhöhe führt dazu, dass Kantone mit Sparwillen bestraft, die mit den grössten Ärzte- und Spitälerdichten belohnt werden. Dabei sollte das neue KVG kostendämpfend wirken. Durch die neue Praxis ist dieses Faktum erneut in Frage gestellt. Kein Wunder, reagieren die benachteiligten Kantone ungehalten. Die meisten müssen einmal mehr auf vom Bund versprochene Gelder kurzfristig verzichten.

Wir fordern vom Bundesrat deshalb, diese den Sparwillen der Kantone bestrafende Verordnungsänderung unverzüglich zu sistieren.

Jungfreisinnige Schweiz

Dreifuss und ihr Staatsverständnis

Schliesslich sei sie in den Bundesrat gewählt worden, um den Sozialstaat auszubauen. Diese Aussage machte Bundesrätin Dreifuss am 19. Juni in der TV-Sendung «Bernerhof live».

Was ist das für ein Verständnis von Staatspolitik, das die Bundesrätin da zum Ausdruck bringt? Wurde Bundesrat Leuenberger etwa gewählt, um die NEAT zu bauen, Ogi, um die Armee auszubauen, und Delamuraz, um radikal zu deregulieren?

Der Bundesrat versteht sich als Kollegium und hat nicht seine persönlichen Anliegen zu verfolgen. Seine Mitglieder werden nicht als Interessenvertreter gewählt. Er tut, was er als im Gesamtinteresse unseres Landes für richtig hält. Das muss auch Frau Dreifuss begreifen.

Christian Kauter

3. Sommeruniversität der FDP/JFS

Für die diesjährige Sommeruniversität, die von der FDP Schweiz und den Jungfreisinnigen der Schweiz (JFS) organisiert wird, sind noch einige Teilnehmerplätze frei. Während dieser ex-

klusiven Ausbildungswoche für Jugendliche stehen als Referenten und Diskussionspartner eidgenössische FDP-Parlamentarier und -Parlamentarierinnen zur Verfügung.

Die dritte Sommeruniversität wird vom 19. bis zum 23. August 1996, 11 Uhr, in Neuenburg stattfinden. Die Sommeruniversität steht allen politisch interessierten Jugendlichen (keine Par-

teimitgliedschaft erforderlich!) zwischen 18 und 28 Jahren offen. Die Diskussionen und Gespräche finden in zwei Gruppen auf französisch und deutsch statt. ■

Programm

Mo, 19. 8.

Sozialpolitik:

NR P. Tschopp
SR F. Schiesser

Institutionen:

SR Ch. Beerli
NR P. Couchepin

Besuch des Bundespräsidenten J.-P. Delamuraz

Di, 20. 8.

Geschichte der FDP:

O. Meuwly
a. NR K. Müller

Ansprache des Bundeskanzlers F. Couchepin

Wirtschaftspolitik:

SR Dick Marty
NR K. Bangerter

Org. der FDP:

Chr. Kauter
B. Roulet

Mi, 21. 8.

Landwirtschaftspolitik:

NR K. Tschuppert
NR J. Dupraz

Bildungspolitik:

NR E. Loeb
NR B. Comby

Aussenpolitik:

NR E. Steinegger
NR C. Frey

Kreuzfahrt auf dem Neuenburgersee

Do, 22. 8.

Einführung

in die Praxis der elektronischen Medien:

Bruno Hofer
Adolphe Ribordy
Monique Pichonnaz

Verkehrspolitik:

NR Y. Christen
NR U. Fischer

Sicherheitspolitik:

SR Th. Béguin
NR O. Fritschi

Fr, 23. 8.

Gedruckte Presse:

François Tissot
Peter Schindler

Telefonische Auskünfte bei Blaise Roulet (Tel. 031 / 311 34 38) oder bei Stefan Fritschi (Tel. 052 / 213 45 36).

Talon

Ich melde mich hiermit an für die 3. FDP/JFS-Sommeruniversität vom 19. bis zum 23. August 1996.
Die Kosten betragen Fr. 300.- (Kost und Logis inbegriffen).

Name/Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Jahrgang: _____

Sprache: Französisch Deutsch

Talon umgehend einsenden an FDP Schweiz, Herrn Blaise Roulet, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51. (Teilnehmerzahl beschränkt!)



FDP-Sommeruniversität 96: Auch Bundespräsident Delamuraz ist mit von der Partie. (Photo ruti)

Per Mausclick abstimmen!

Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) fordern, dass in Zukunft per Internet abgestimmt und gewählt werden kann. Sie sammeln deshalb per Internet (<http://jungfreisinnige.ch>) elektronische Unterschriften.

Die Beteiligung der Schweizer Bürgerinnen und Bürger am po-

litischen Geschehen wird immer kleiner. Es muss alles unternommen werden, um das Interesse an der Politik wieder zu wecken. Ein Schritt in diese Richtung wäre es, die Ausübung der politischen Rechte per Internet zu ermöglichen.

Die Ausübung der politischen Rechte per Internet ist bereits heute technisch machbar. Missbrauch kann ohne grossen Auf-

wand z. B. durch PIN-Codes, Passwörter und Streichlisten-Nummern ausgeschlossen werden.

Die Abstimmung per Internet würde keine Kosten verursachen: Einerseits verfügt die Bundesverwaltung bereits über ein Internet-Angebot (<http://www.admin.ch>), andererseits fallen hohe administrative Kosten weg. Um auf ihr Anliegen aufmerksam zu ma-

chen, haben die Jungfreisinnigen einen naheliegenden Weg eingeschlagen: Auf ihrem Internet-Server (<http://www.jungfreisinnige.ch>) ist eine elektronische Unterschriftensammlung eingerichtet, wo alle mit ihrer Eintragung den Bundesrat auffordern können, die gesetzlichen Grundlagen für die Ausübung der politischen Rechte per Internet zu schaffen. ■

Bürgerliches Engagement gegen Rassismus

Es gibt Fragen, die werden nicht nach dem Parteibuch entschieden. Das heisst: Die Antworten auf diese Fragen orientieren sich entweder nach eindeutigen Sachkriterien oder nach parteipolitisch nicht reglementierbarer Sensibilität. Die Frage, was Rassismus ist und was dagegen zu unternehmen ist, könnte eine solche Frage sein.

Professor
Georg Kreis, Basel*

Der Bundesrat hat im September 1994 eine eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) eingesetzt und diese so zusammengesetzt, dass in ihr eine hohe Fachkompetenz und Problemsensibilität versammelt ist. Gleichzeitig hat man – wie üblich – auch den Regional-, den Geschlechter- und den Parteienproporz einigermassen zu berücksichtigen versucht. So hat es je einen Vertreter der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite in der Kommission, einen CVP- und einen SP-Regierungsrat und einen altgedienten FDPler als Kommissionspräsidenten.

Nicht nur Sache der «Linken»

Primär wichtig ist, dass gegen den Rassismus die nötigen Vorkehrungen getroffen werden. Nicht unwichtig ist sodann aber auch, dass die Bekämpfung des Rassismus (wie auch der Einsatz etwa für die Gleichstellung der Geschlechter) nicht als «Sache der Linken» betrachtet wird.

Bei gewissen Engagements ist nicht auszuschliessen, dass sich Exponenten mit gleicher Parteizugehörigkeit wegen ihrer unter-



Wachsende Ausländerzahlen, umstrittenes Drei-Kreise-Modell. Welchen Weg soll die Ausländerpolitik der Schweiz künftig einschlagen? (Photo key)

schiedlichen Aufgaben etwas in die Quere kommen; zum Beispiel der FDP-Biga-Chef, der in Umsetzung offizieller Regierungspolitik die Umwandlung von Saisoniers aus Ex-Jugoslawien in Jahresaufenthalter stoppen muss, während der FDP-Parteipräsident aus einer pragmatischen Haltung heraus dies als unsinnig betrachtet.

Rassistisches 3-Kreise-Modell?

Vor kurzem haben sowohl eine Arbeitsgruppe der vier Bundesratsparteien als auch Peter Arbenz (FDP) die Aufhebung des Drei-Kreise-Modells gefordert, das Arbeitsrekrutierungen ausserhalb des 1. Kreises (Westeuropa) und des 2. Kreises (Vereinigte Staaten und Kanada) im Prinzip ausschliesst. Das hat niemand sonderlich gestört.

Hingegen hat man es als kleine Sensation empfunden, dass eine vom Bundesrat eingesetzte Kommission vom Drei-Kreise-Modell zu sagen wagt, dass das Modell in seinen mentalen Strukturen und in seinen Auswirkungen rassistisch sei. Weil dem so ist, hat die Schweiz in diesem Punkt einen Vorbehalt bei der Konventionsunterzeichnung anbringen müssen.

Rassistisch ist es insofern, als es nicht nur völlig legitime politische und wirtschaftliche Präferenzen (z. B. eine engere Verbindung mit der EU) zur Grundlage hat, sondern auch die in bundesrätlichen Schreiben belegbare Pauschalvorstellung, dass Leute des 3. Kreises wegen kultureller Andersartigkeit schwerer integrierbar seien.

Diese Vorstellung ist nicht nur falsch, sondern bedeutet eine entwürdigende Diskriminierung der Menschen dieser Gebiete. Zudem beeinträchtigt das Modell, das sich vor allem gegen bestimmte Beschäftigte mit Status A richtet, auch die etwa 400 000 Menschen, die gleicher Herkunft sind, aber mit Status B und C in der Schweiz leben.

Asylantrag statt Heimkehr?

Mit der Beendigung der Arbeitsrekrutierung in Krisengebieten hofft man, u. a. auch die Zahl der Asylbewerber zu senken, weil man offenbar die Beobachtung gemacht hat, dass Familienangehörige, die nicht auf dem ordentlichen Arbeitsweg einreisen können, den ausserordentlichen Weg über das Asylgesuch neh-

men. Die Wahrscheinlichkeit ist aber gross, dass jetzt ein grösserer Teil der auszuscheidenden Ex-Saisoniers, ein Asylgesuch einreicht, um nicht nach Hause zu müssen, und damit genau das eintritt, was man vermeiden will.

Keine Kritik an der Ausländerpolitik

An der nicht gesuchten hohen Aufmerksamkeit gegenüber der Kritik am Drei-Kreise-Modell ist einzig zu bedauern, dass es der irrigen Vorstellung Vorschub leisten könnte, dass die EKR Ausländerpolitik betreiben müsse oder betreiben wolle. Ausländerfragen müssen uns zwar interessieren; es sind aber die innergesellschaftlichen Fragen des Zusammenlebens und nicht die Fragen der Zulassung und der Grenzregulierung.

Erste und wichtigste Aufgabe der EKR ist die Prävention durch Aufklärung und Sensibilisierung. Dies muss in allgemeiner Weise geschehen durch die Präsenz in der Öffentlichkeit, durch Stellungnahmen zu besonders gravierenden Fällen, durch gezielte Kampagnen, z. B. in der Schule, in der Arbeitswelt, im Gespräch mit den Medien.

Ein zweiter Aufgabenkreis umfasst die Mitarbeit im amtlichen Bereich durch Stellungnahmen in Vernehmlassungen und Konsultationen, durch die Erarbeitung von Gutachten und durch die Beratung der Bundesbehörden.

Die verschiedenen Teilfunktionen setzen eine allgemeine Aufgabe voraus: Die Kommission muss für ihren Verantwortungsbereich ein Observatorium sein, sie muss in dieser Eigenschaft eine feinere und eine frühere Wahrnehmung haben als andere, die, mit anderen Aufgaben betraut, verständlicherweise in diesem Bereich (z. B. gegenüber den rassistischen Auswirkungen des Drei-Kreise-Modells) weniger Aufmerksamkeit unterhalten. ■

* Prof. Kreis ist Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus.

Einwanderungspolitik auf dem Prüfstand

Die Schweiz hat im europäischen Umfeld, zusammen mit Luxemburg, den weltweit stärksten Ausländeranteil. Im letzten Jahrhundert waren etwa 3 Prozent Ausländer in unserem Land, vor dem Zweiten Weltkrieg ungefähr 5 Prozent, und heute sind es gegen 20 Prozent. Mit dem Erreichen dieser ominösen «Schallgrenze» wachsen die innenpolitischen Probleme und führen immer wieder zu Handlungsbedarf für Bundesrat und Parlament.

FDP-Nationalrat
Ernst Mühleemann,
Ermatingen TG

Ende der achtziger Jahre entwickelte Peter Arbenz, als damaliger Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge, mit einer Arbeitsgruppe zum erstenmal ein ganzheitliches Konzept für eine schweizerische Einwanderungspolitik. In diesem Zusammenhang entstand auch das Drei-Kreise-Modell, mit welchem man die Einwanderungsprobleme in den Griff zu bekommen hoffte.

Drei Kreise in der Ausländerpolitik

So wurde im 1. Kreis (EU- und EFTA-Staaten) der mehr oder weniger freie Personenverkehr mit den Nachbarstaaten in Europa angestrebt. Im 2. Kreis (USA, Kanada, Australien und Neuseeland) wollte man Fachspezialisten die Einwanderung gestatten. Schliesslich hoffte man im 3. Kreis (übrige Staaten) eine humanitäre, vertretbare Triage zwischen echten und unechten Flüchtlingen finden zu können.

Leider ist bis anhin dieses vernünftige Modell weitgehend

Theorie geblieben und wurde nur ausnahmsweise in die Praxis umgesetzt. Heute stehen wir mit dem Rücken zur Wand, denn die kritische Wirtschaftslage zwingt uns über bilaterale Verträge zu enger Zusammenarbeit mit dem europäischen Binnenmarkt.

Europa: Personenverkehr als Haupthindernis

Das Haupthindernis bildet dabei die Vereinbarung über den freien Personenverkehr, da hier innenpolitische Abwehrreflexe bestehen. Man befürchtet eine weitere Zuwanderung von Arbeitskräften als unliebsame Konkurrenz gegenüber den eigenen Landsleuten. Es ist zwar erwiesen, dass im EU-Raum keine Völkerwanderung stattfindet. Doch lässt sich damit die Angst in breiten Bevölkerungsschichten vor Überfremdung nicht einfach in nichts auflösen.

Es besteht kein Zweifel, dass das Volk einer allmählichen Einführung des freien Personenverkehrs mit der Europäischen Union zustimmen wird, wenn es wirksame Massnahmen des Bundesrates gegen die Überfremdung feststellen kann. Die unentbehrliche Mitwirkung zahlreicher Fachspezialisten auf dem Werk- und Dienstleistungsplatz Schweiz gestattet dabei keine restriktiven Vorkehren im Bereich des 2. Kreises.

Zu grosszügige Asylpolitik

Hingegen ist es dringend erwünscht, die Zuwanderung aus dem 3. Kreis energisch zu brem-

sen. Wir haben aus falsch verstandener Humanität in den letzten Jahren zu viele Asylbewerber aufgenommen, so dass heute 300 000 bis 400 000 Menschen aus Ex-Jugoslawien bei uns leben, davon allein gegen 150 000 aus Kosovo. Selbstverständlich müssen an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge bei uns Aufnahme finden. Wer die Krisengebiete in Bosnien aus eigener Anschauung kennt, weiss aber, dass man unzähligen vertriebenen Menschen vor Ort hätte helfen können.

Viele Flüchtlinge wünschen in der Nähe ihrer Heimat zu bleiben im Hinblick auf einen Wiederaufbau nach Friedensbeginn. Diese Hilfen vor Ort wären finanzgünstiger gewesen und hätten uns zahlreiche innenpolitische Probleme erspart.

Bosnien: Weiterer Zustrom trotz Waffenruhe

Im übrigen fassen Einwanderer bei uns rasch Fuss und können nicht einfach zurückgeführt werden. Diese Problematik zeigt sich deutlich beim jetzigen Versuch mit den Flüchtlingen aus Bosnien, welche man vorzeitig mit einem Handgeld in ein ungesichertes Umfeld zurückschicken wollte. Erstaunlich ist aber auch die Tatsache, dass trotz Waffenruhe in Bosnien immer noch je-

den Monat 500 Asylbewerber aus dieser Region zu uns kommen.

Es scheint offensichtlich, dass im 3. Kreis Handlungsmöglichkeiten bestehen, wenn man die Ausländerpolitik meistern will. Eine Arbeitsgruppe Arbenz hielt dies im vergangenen Jahr in einem 2. Migrationsbericht fest, der in der Vernehmlassung auf grosse Zustimmung stiess. Völlig unverständlich ist dabei die Reaktion des Bundesrates, der eine neue Expertengruppe einsetzte und damit ein gravierendes Problem erneut auf die lange Bank schob.

Rassismuskommission: Unfaire Kritik am Drei-Kreise-Modell

Noch befremdlicher ist allerdings die negative Stellungnahme der Kommission gegen Rassismus zum Drei-Kreise-Modell des Bundesrates betreffend die schweizerische Ausländerpolitik. Diese einseitige, widersprüchliche und unfaire Darstellung erweckte weitherum Kopfschütteln und scheint das Werk von wenig hilfreichen Problembringern zu sein. Anstatt Zweifel zu wecken, gilt es jetzt, den Bundesrat aufzufordern, die Zielsetzungen des Drei-Kreise-Modells endlich in die Wirklichkeit umzusetzen, um damit ein brennendes Problem zu lösen. ■

Talon

Bitte senden Sie mir das

- FDP-Positionspapier zur Asylpolitik
- FDP-Positionspapier zur Personenfreizügigkeit

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Bitte einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax: (031) 312 19 51.



KOLUMNE

Schlechte Zeiten für grosse Sprüche

Die **unangenehmen** Fakten beherrschen die Stunde. Fusionen, Umstrukturierungen und Betriebsschliessungen führen zum Verlust von Arbeitsplätzen, Defizite, rote Zahlen zu Lohnabbau oder mehr oder weniger erzwungener Teilzeitarbeit.

Die Globalisierung der Märkte, der hohe – nicht mehr ganz so hohe – Schweizerfranken und das hohe Lohnniveau werden von den international tätigen Firmen für den schmerzhaften Anpassungsprozess verantwortlich gemacht.

Diese Gründe sind nicht zu unterschätzen. Aber es gibt auch die andern Beispiele, bei denen Kreativität und Flexibilität die Auswirkungen dieser Entwicklung wesentlich gemildert oder gar aufgehoben haben, und es gibt sogar einige Fälle, in denen sie mehr als Ausrede für Versagen oder zu spätes Reagieren von Unternehmensleitungen herhalten müssen.

Weil international da und dort ein Hauch von neuem Aufschwung zu erkennen ist, gilt es, alles zu vermeiden, was diese Wende in der Schweiz zurückhält, und alles zu tun, was diese Entwicklung befördert.

Einige wesentliche Schritte sind im gesetzgeberischen Bereich mit dem Kartellgesetz, mit dem Arbeitsgesetz und im Bereich der Förderung der Mittel- und Kleinbetriebe getan worden oder im Tun. Bescheiden ist das Resultat noch in der Entschlackung des Wirtschaftslebens von behindernden Vorschriften und in der **Entbürokratisierung** des darniederliegenden Bausektors, wofür die Linke nur geringes Verständnis hat.

Vor allem aber ist die **Zeit der grossen Sprüche in der Sozialpolitik vorbei**. Was von den Bürgerlichen längst angekündigt worden ist, liegt mit dem Verwaltungsbericht über die Finanzaussichten der Sozialwerke («IDA FiSo») nun schwarz auf weiss auf

dem Tisch: Es geht heute in allererster Linie um die Sicherung der bestehenden Sozialeinrichtungen, vielleicht um einige Korrekturen; aber ganz sicher nicht um einen Sozialausbau in der Kostenhöhe von nicht weniger als 13,4 Mehrwertsteuer-Prozenten, wie ihn die Sozialdemokratie verlangt.

Die Linke will der Wirtschaft – und den Steuerzahlern – **gewaltige neue Steuerlasten** aufbürden, was für die Schaffung neuer Arbeitsplätze völlig kontraproduktiv wäre und den Konsumrückgang weiter verstärken würde. Es ist höchste Zeit, um zur Kenntnis zu nehmen, dass ihre finanz- und sozialpolitischen Vorstellungen die **Linke in eine Sackgasse** geführt haben und dass es zu verhindern gilt, dass auch unser Land in dieser Sackgasse landet.

Die schwierige Gratwanderung unserer Zeit zwischen wettbewerbspolitischen Druck und sozial- und gesellschaftspolitischer Verantwortung werden wir nur mit einem **«ganzheitlichen Verantwortungsbewusstsein»** aller bewältigen, wie es eine ganze Reihe von Wirtschaftsführern bereits signalisiert haben.

Peter Spälti plädierte vor kurzem engagiert dafür, dass die Unternehmen nicht nur die Interessen der Aktionäre vertreten können, wenn sie die Glaubwürdigkeit der privaten Unternehmenschaft erhalten wollen, sondern dass sie auch die Ansprüche der Mitarbeiter, der Kunden, der Lieferanten, der Gemeinwesen sowie einer breiteren Öffentlichkeit berücksichtigen müssen.

Der Bankier Hans-Dieter Vontobel warnte vor einem «Vulgär-Liberalismus», der den Sinn für das Mass und die gesellschaftlichen Wertvorstellungen verliere.

Sinnvolles Handeln kann heute – in allen Bereichen – nur **aus einer Gesamtverantwortung** erfolgen.

Kurt Müller (Meilen)

Arbeitsgesetz – Der Abstimmungskampf hat begonnen

Die vom Parlament am 22. März 1996 verabschiedete Revision des Arbeitsgesetzes ist für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schweiz und für die Chancengleichheit der Frauen im Beruf von ausserordentlicher Bedeutung.

Ungleichheiten aufheben

Der Kerninhalt der Revision besteht in der Aufhebung der im heutigen Recht bestehenden Ungleichheiten zwischen Frau und Mann im Bereiche der Nacht- und Sonntagsarbeit, in einer Flexibilisierung der Abendarbeit und in einer Verstärkung des Schutzes der Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Arbeitsplätze sichern

Wem die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Schweiz und die Chancengleichheit im Berufsleben ein echtes Anliegen sind, der setzt sich mit Überzeugung für das neue Arbeitsgesetz ein.

Bereits hat sich ein Komitee von 118 eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentar-

iern gebildet, um diese wichtige Revision mit einem Ja in der Volksabstimmung erfolgreich abzuschliessen.

Jetzt dem Komitee beitreten

Wer sich für sichere Arbeitsplätze, für die Gleichstellung von Frau und Mann und für bessere Schutzbestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer engagieren möchte, ist eingeladen, dem Schweizerischen Komitee «Ja zum Arbeitsgesetz» beizutreten (Inserat ausschneiden und den Talon ausgefüllt einsenden an: Schweizerisches Komitee «Ja zum Arbeitsgesetz», Postfach 8615, 3001 Bern). ■

Einsenden an: **SCHWEIZERISCHES KOMITEE
«Ja zum Arbeitsgesetz»**
Postfach 8615
3001 Bern

- Ich möchte dem Komitee beitreten
- Ich möchte für einen Unkostenbeitrag von Fr. 10.– das ausführliche Argumentarium zu diesem Gesetz bestellen.

(Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

KMU-Offensive der FDP

Der Erfolg der schweizerischen Wirtschaft ist zu grossen Teilen vom Geschäftsverlauf der kleineren und mittleren Unternehmungen (KMU) abhängig. Für den Wohlstand unseres Landes ist deshalb das wirtschaftliche Wohlergehen der KMUs essentiell. Mit einer breit abgestützten KMU-Offensive zielt die FDP darauf ab, die Grundpfeiler der Schweizer Wirtschaft wieder zu stärken.

Peter Grünenfelder,
Politischer Sekretär
FDP Schweiz

Es sind v.a. die KMUs, die heute das grösste Potential zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen darstellen – die jüngsten Entwicklungen in den USA bestätigen dies. Doch zugleich sind es die KMUs, welche auf Grund ihrer limitierten Grösse und wegen der beschränkten Ausstattung mit Ressourcen von der staatlichen Auflagen- und Regulierungspolitik direkt betroffen sind.

KMU von schlechten Rahmenbedingungen direkt betroffen

Grosskonzerne haben im Gegensatz zu den KMU eher die Möglichkeit, bei ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit Teilen ihrer Aktivitäten ins Ausland auszuweichen. Bei KMU dagegen ist eine Verlagerung ins Ausland meist mit grossen Risiken verbunden – eine einzige falsche Standortwahl kann die Unternehmung in ihrer Existenz ernsthaft gefährden.

Keine Wohlstandssteigerung mit politischen Leerformeln

Das Ziel der FDP ist deshalb, für KMU wie für die Grossunternehmen für die besten Rahmenbedingungen innerhalb unseres Landes zu kämpfen. Jede Abwanderung ins Ausland bedeutet eine Niederlage des Wirtschaftsstandortes und Werkplatzes Schweiz. Politisch konkreter Handlungsbedarf ist angebracht. Die Zeit der wirtschaftspolitischen Leerformeln ist vorbei! Sie werden den Wohlstand der Schweizer Bevölkerung nicht steigern können.

Die KMU-Offensive der FDP

Die FDP ist nicht mehr willens, die wenig effektive Schlagwort-Politik der übrigen grossen Parteien zu akzeptieren. Taten statt Seifenblasen sind gefragt! Die FDP startet deshalb eine umfassende, alle Kantone involvierende KMU-Offensive, die vom Generalsekretariat der FDP Schweiz aus koordiniert wird (vgl. Programmübersicht in Kästen).

Herzstück dieser Offensive bilden die öffentlichen Hearings mit den Unternehmern von KMU. Diese Hearings werden jeweils von einem nationalen FDP-Parlamentarier geleitet. Zweck dieser Hearings ist nicht ein lockerer Meinungsaustausch; die FDP erwartet von den anwesenden Unternehmern und Unternehmerinnen konkrete Angaben zu den Bereichen, wo der Staat sie in ihrer unternehmerischen Freiheit behindert bzw. in welchen Punkten die staatlichen Rahmenbedingungen zur Förderung des KMU-Standortes Schweiz zu verbessern sind.

Um die Wirksamkeit der freisinnigen KMU-Politik zu erhöhen, werden zusätzlich öffentliche Hearings mit FDP-Regierungsräten (Volkswirtschafts- und Finanzdirektoren), Biga-Verantwortlichen, Bankenvertretern und Wissenschaftlern durchgeführt.

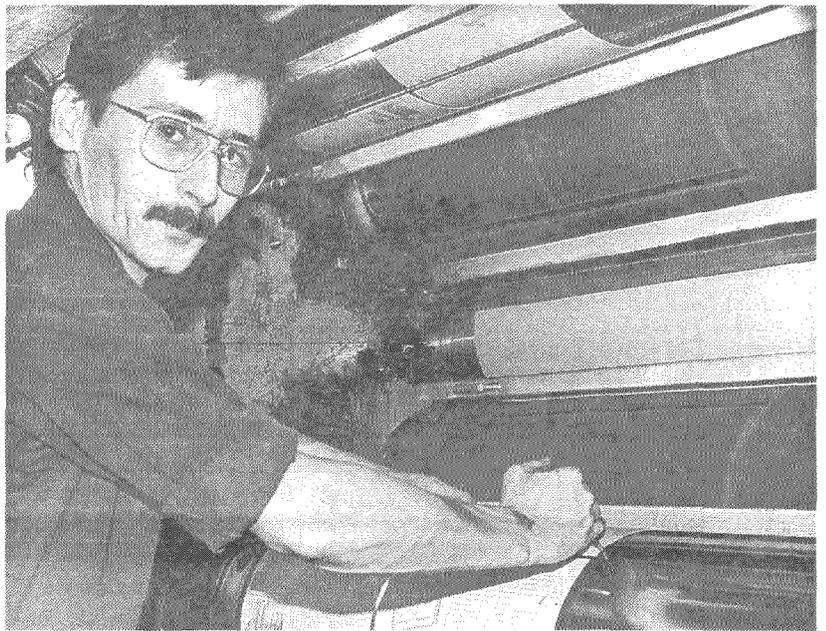
Das FDP-Massnahmenpaket

Am Anschluss an diese Hearings wird die FDP einen Katalog mit einer detaillierten Kriterienliste erstellen, welche die liberale KMU-Politik auf nationaler, kan-

tonaler und kommunaler Ebene umsetzen muss. Die einzelnen Elemente werden schliesslich in einem FDP-Massnahmenpaket zusammengefasst. Daraus werden wieder die Vorgaben für die entsprechenden parlamentarischen Vorstösse und – falls notwendig – die Inhalte von noch zu

formulierenden Volksinitiativen abgeleitet.

Die FDP redet also nicht nur von der Verbesserung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Schweiz, sie handelt auch. Und dies konkret und öffentlich! ■



KMU-Offensive der FDP: Wünsche, Anliegen, Probleme vor Ort kennenlernen, um konkrete Verbesserungen einleiten zu können. (Photo key)

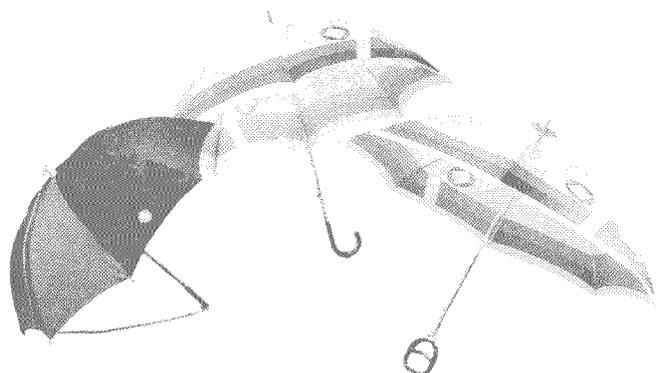
KMU-Offensive der FDP: Programmübersicht

August 1996	Orientierung Parteigremien Koordination der kant. Offensiven Öffentlichkeitsoffensive I
September 1996	Detailplanung Hearings
Oktober 1996	Öffentliche Hearings mit Unternehmern von KMU
19. Oktober 1996	a. o. DV Basel: Orientierung Stand der Offensive Verabschiedung Folgeaufträge
November 1996	Öffentliche Hearings mit Banken, Wissen- schaftern, FDP-RR und Biga- Verantwortlichen
22. November 1996	Präsentation «Das FDP-Massnahmenpaket für eine liberale KMU-Politik!» Start Öffentlichkeitsoffensive II
ab 25. November 1996	Lancierung von parlamentarischen Vor- stössen auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene und eventuell Lancie- rung von Volksinitiativen

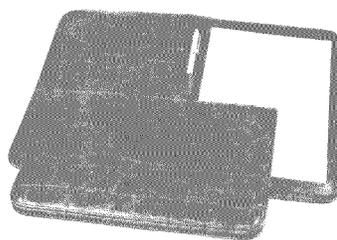
Ans Schenken denken

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-eleganten «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber schen-

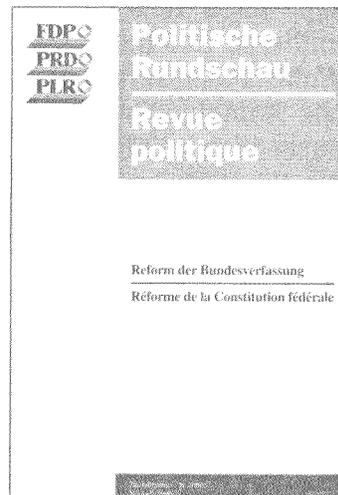
ken? Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, vergessen Sie bei Regen den grossen FDP-Schirm nicht, oder lesen Sie sich in die Thematik der Revision der Bundesverfassung ein.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



Die Revision der Bundesverfassung: Was die FDP darüber denkt.

Talon

Ich bestelle:

- Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.–
- Ex. Doppelschirm à Fr. 30.–
- Ex. Sportschirm à Fr. 30.–
- Ex. Holzschirm à Fr. 35.–
- Ex. Politische Rundschau à Fr. 5.–

Name: _____

Vorname: _____ 7+8/96

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Verantwortlich

STROM-FORUM 4/96

Nach zwei rückläufigen Jahren hat der Stromverbrauch 1995 um 2,1 % zugenommen. Kritik ist deswegen fehl am Platz. Denn Strom ermöglicht Arbeit, Lebensqualität und Umweltschutz. Mit einer sicheren Stromversorgung und der Beratung über den sinnvollen Stromeinsatz helfen die Elektrizitätswerke ihren Kunden, den Strom in Beruf, Freizeit und Haushalt rationell zu nutzen. Dafür braucht es keine staatlichen Vorschriften.

Unsere Kunden sind unsere Partner

Strom ist wertvoll. Zu wertvoll, um verschwendet zu werden. Das wissen wir alle - die Stromkunden, die Elektrizitätswerke und die Politiker. Uneins ist man sich höchstens darin, ob der Staat vorschreiben soll, wieviel Strom wofür eingesetzt werden darf und wer die Stromsparmassnahmen berappen muss.

Beratung gehört dazu

Die Schweizer Elektrizitätswerke haben die Zeichen der Zeit erkannt. Zufriedene Kunden sind das Ziel für die Zukunft. Rund 1000 haupt- oder nebenamtliche EW-Beraterinnen und -Berater sind heute schon in der Schweiz im Einsatz. Sie zeigen, wie man umweltfreundlichen, CO₂-freien Schweizer Strom sinnvoll und rationell einsetzen kann.



VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTWERKE, Postfach 6140, 8023 Zürich

Fatale Avancen

Unser bestehendes Sozialsystem ist über kurz oder lang nicht mehr finanzierbar. Statt sich gemäss bewährtem Prinzip nach der Decke zu strecken, um zumindest das Bestehende sicherzustellen, soll nach dem Willen der Linken die gewaltige Umverteilungsmaschinerie von heute schon über 100 Milliarden Franken unentwegt ausgebaut werden.

Nationalrat Toni Dettling, Schwyz

So hat die Schaffhauser Nationalrätin Ursula Hafner, ihres Zeichens Präsidentin der SP-Fraktion, zusammen mit 63 Kolleginnen und Kollegen aus der «Volksfront»-Fraktionsgemeinschaft die Motion zur Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer eingereicht.

Eidgenössische Erbschaftssteuer?

Nach Vorstellung der Initianten ergäbe die Besteuerung von rund 25 Milliarden Franken an jährlichen Vermögensübergängen zu einem durchschnittlichen Steuersatz von 6 Prozent einen jährlichen Steuerertrag von rund 1,5 Milliarden Franken. Dieser Ertrag soll dem Bund vorab zur Finanzierung der AHV dienen. Damit könnten Vermögenszuwächse ohne Gegenleistung besteuert werden, ohne damit auf die individuelle Leistungsbereitschaft zu drücken.

Gleichzeitig will man auf diese Weise die Vermögensströme in die «richtige» Richtung umverteilen.

Steuersubstrat wird den Kantonen weggenommen

Nach unserer geltenden Finanzordnung ist die Erbschafts- und Schenkungssteuer ausschliesslich den Kantonen vorbehalten. Mit der Einführung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer würde die Finanzautonomie der Kantone aufs schärfste tangiert.

Zwar könnten die Kantone nach Vorstellung der Motionäre über den eidgenössischen Minimalstandard weitere Erbschafts- und Schenkungssteuern erheben. Ja, man will sie – gleichsam als Zückerchen – gar am Ertrag der neuen Steuer analog wie bei den direkten Bundessteuern partizipieren lassen.

Werden nun aber durch die vorgeschlagene eidgenössische Steuer als Minimalziel 1,5 Milliarden Franken abgeschöpft,

bleibt den Kantonen zum Erhalt des heutigen Ertrages nur eine Aufstockung ihrer bisherigen Steuer übrig.

Im Ergebnis würde dies eine massive Erhöhung der heutigen Erbschafts- und Schenkungssteuer bedeuten, was dem ohnehin schon bestehenden Steuerwiderstand beachtlich Vorschub leisten dürfte.

Kommt hinzu, dass der Bund nebst den bestehenden kantonalen Verwaltungen einen völlig neuen Zweig der eidgenössischen Steuerverwaltung aufbauen müsste, womit ein beachtlicher zusätzlicher Erhebungsaufwand oder ein weiterer Reibungsverlust entstünde.

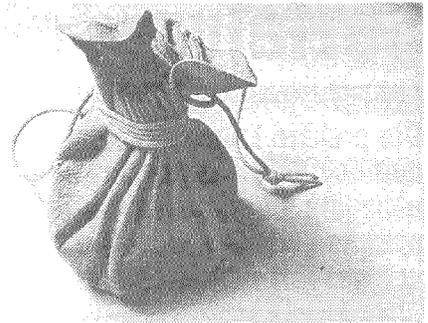
Nivellierung nach oben

Der Vorschlag der Motionäre hat aber noch weitere negative Konsequenzen: Zunächst würde durch die neue Steuer unser 3-Säulen-Prinzip unterlaufen, die Motivation zur Selbstvorsorge für das Alter

würde jedenfalls arg in Mitleidschaft gezogen.

Zum andern käme es zwangsläufig zu einer Nivellierung der Steuerbelastung im Erbschafts- und Schenkungssteuerbereich. Der erfolgreiche Wettbewerb der Systeme mit der erwünschten Tendenz zur Steuersenkung ginge weitgehend verloren. Die Folge davon wäre eine weitere Drehung der Steuerschraube mit dem wenig erfreulichen Ergebnis, dass sich gutsituierte Steuerpflichtige zum Nachteil unseres Fiskus ins Ausland absetzen würden.

Alles in allem also ein Teufelskreis mit verheerenden Folgen. Zum Glück haben in unserem Land dank direkter Demokratie auch hier Volk und Stände das letzte Wort. Unter Berücksichtigung der geradezu katastrophalen Nachteile einer solchen eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer darf mit gutem Grund schon heute eine Niederlage der rot-grünen «Erbschleicher» prophezeit werden. ■



Eidgenössische Erbschaftssteuer? Ein neuer Angriff der Linken auf das Ersparte der Schweizerinnen und Schweizer. (Photo senn)

Weniger Strom pro Anwendung – mehr Anwendungen mit Strom

Heutige Geräte brauchen weniger Strom als früher. Allerdings werden immer mehr strombetriebene Helfer benutzt. Jedermann soll auch in Zukunft wählen können, was ihm und der Umwelt am meisten dient. Staatliche Vorschriften führen nie zu den besten Lösungen. Wirkungsvolle, innovative Ideen erfordern vielmehr einen eigenverantwortlichen Handlungsspielraum. Dies gilt auch für den Strom.

SCHWEIZER ELEKTRIZITÄT
DER DRAHT MIT ZUKUNFT



Die Kunden werden in den Geschäften der EWs kompetent beraten.

Sozialversicherung: Wo sparen?

Die prekäre Lage der öffentlichen Haushalte macht es deutlich: Es muss gespart werden. Davon können wohl auch die öffentlichen Sozialleistungen nicht ausgenommen werden. Doch wo kann tatsächlich wirkungsvoll gespart werden?



Franziska Frey-Wettstein, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz

Ein neuer Abschnitt im Leben eines Rentners beginnt, wenn die erste AHV-Rente ausbezahlt wird. Bei vielen löst dies einen bitteren Geschmack und ein Gefühl der Unsicherheit aus. Man macht sich Gedanken darüber, ob das Ersparte und der Versicherungsschutz ausreichen, ob später einmal durch die Pflegebedürftigkeit die letzten Vermögenswerte aufgezehrt werden.

Im Budget 1996 rechnet der Bund mit einem Defizit von 4 Milliarden Franken. Würde 1970 jeder 7. erwirtschaftete Franken für die Sozialversicherung abgezweigt, war es 1992 bereits jeder 4. Franken. Bundesrätin Dreifuss stellte kürzlich fest, dass zur Sicherung der Sozialwerke neben dem einen für die AHV bereits vorgesehenen Mehrwertsteuerprozent zusätzliche 4 bis 5 Prozent notwendig sein werden.

Wer ist armutgefährdet?

In allen neueren Armutsstudien wird auf die steigende Zahl von Menschen hingewiesen, die an der Armutsgrenze leben. Einsparungen im sozialen Bereich würde gerade diese Menschen treffen. Die jetzt schon stetig ansteigenden Fürsorgeausgaben würden explosionsartig anwach-

sen. Damit stellt sich die zentrale Frage, welche Gruppierungen besonders armutgefährdet sind und ob unsere Gesellschaft letztlich in der Lage ist, diese widersprüchliche Entwicklung aufzufangen. Die Empfänger von Sozialleistungen verteilen sich grob auf drei Gruppen: ausgesteuerte Arbeitslose, alte Menschen und alleinerziehende Mütter.

Ausgesteuert und ohne Arbeit

Zurzeit gibt es in der Schweiz 42 000 Ausgesteuerte. Nach neuesten Erhebungen finden bereits unter den knapp 50jährigen 9 von 10 Ausgesteuerten keine Arbeit mehr. Immer wieder begegnet man Menschen «im besten Alter», die arbeiten möchten, aber dies nicht können, weil niemand mehr bereit ist, sie einzustellen. Damit zeichnet sich eine Zukunft

ab, in welcher Menschen bis zu 35 Lebensjahre ohne Arbeit und als Pensionäre verbringen. Unserer Gesellschaft geht dabei grosses Wissen verloren, das eigentlich dringend zur Lösung anstehender Probleme benötigt würde.

Arbeit wäre genügend vorhanden, aber wir können sie nicht mehr bezahlen. Professor W. Fahrlander möchte einen obligatorischen Zivildienst für alle einrichten, um den im nächsten Jahrtausend aus demographischen Gründen besonders im Pflegebereich drohenden Notstand und Mangel an Arbeitskräften zu bekämpfen. Er weist darauf hin, dass auch Arbeitslose und Fürsorgeempfänger umgeschult werden könnten. Dies führt zwar nicht zu direkten Einsparungen. Dennoch könnte für die Betroffenen sinnvolle Arbeit geschaffen werden. Die persönliche Würde bleibt dadurch gewahrt, gesundheitliche Schäden, eine häufige Folge von Arbeitslosigkeit, würden ausbleiben. Mit einem solchen Modell könnten indirekt Kosten eingespart werden.

«Sparen in der Sozialversicherung»: Stimmen von der Strasse

«Für mich ist unverständlich, wieso AHV-Leistungen auch an jene Bezüger ausbezahlt werden, die gar nicht darauf angewiesen sind. Ein Überdenken von Leistungshöhe, Bezugsdauer und Bezugsberechtigung bei den Sozialleistungen ist dringend nötig. Das Giesskannenprinzip ist nicht mehr zeitgemäss.»

Marianne Büchel, 29 Jahre, Hausfrau, Oberriet

«Sparen ist auch bei den Sozialversicherungen notwendig. Der Rotstift allein wird aber nicht zum Ziel führen; Grundsätzliches muss geändert werden. Ich frage mich z.B. bei der Arbeitslosenversicherung, ob es richtig ist, dass durch die Arbeitslo-

senentschädigung der bisherige Lebensstandard gesichert wird: die Existenzsicherung sollte im Vordergrund stehen.»

Jaclyn Rupp-French, 28 Jahre, Kaufm. Angestellte, Romanshorn

«Die Lohnprozente dürfen auf keinen Fall noch weiter erhöht werden. Vielmehr muss auch bei der Vorsorge für das Alter oder für Krisenzeiten (Arbeitslosigkeit) die private Initiative geweckt werden. Bei der Höhe der ausbezahlten AHV- und IV-Leistungen müssen zudem die Vermögensverhältnisse der Empfänger berücksichtigt werden.»

Janine Güntzel-Schori, 27 Jahre, Hausfrau und Mutter, Uttwil TG

Armut bei alten Menschen

Geschätzt wird, dass 10 bis 15 Prozent der Pensionierten an der Armutsgrenze leben. Gründe sind unter anderem, dass bei vielen eine leistungsfähige 2. Säule fehlt, da diese erst 1985 für obligatorisch erklärt wurde. Es gilt deshalb ganz besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass es bei diesen alten Menschen nicht zu Abzügen kommt.

Neue Armut: alleinerziehende Mütter

Bei den alleinerziehenden Müttern sind ganz andere Probleme dafür verantwortlich, dass es häufig zur Fürsorgeabhängigkeit kommt. Allerdings steht auch hier die Frage der Arbeit im Zentrum. Es ist an sich schon eine schwere Aufgabe, allein die Verantwortung für die Kinder zu tragen und zusätzlich ein volles Arbeitspensum zu leisten. Wenn dazu noch Lebensdefizite kommen, die darauf zurückzuführen sind, dass manche junge Mutter kaum ein Zuhause gekannt und wenig Schule besucht hat und vielleicht noch aus einem fremden Kulturraum kommt, dann sind die Chancen gering, in unserer Gesellschaft ohne Hilfe zu überleben.

Präventive, flankierende Massnahmen sind deshalb dringend nötig. Kinderkrippen, Tagesmütter und Tagesschulen sind kein Luxus, sondern für viele Frauen eine dringende Notwendigkeit.

Eine Gesamtschau

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass Einsparungen im Sozialwesen nicht von vornherein ausgeschlossen werden können. Um aber zu verhindern, dass die Kosten lediglich von einem öffentlichen Träger auf den nächsten verschoben werden oder dass vorwiegend bei den Schwächsten gespart wird, sind die Schaffung übersichtlicher Strukturen sowie eine gezieltere Ausschüttung der Mittel gefordert. Die kritische Überprüfung unseres gesamten Sozialsystems ist dringend nötig. Den Menschen, die an der Armutsgrenze leben, muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Rotstift allein wird nicht zum Ziele führen. ■

Wirtschaftspolitisch obdachlos

Etwas ist faul in unserem Land und mit dem Wirtschaftsstandort Schweiz, nicht erst seit «Novartis» und der Restrukturierung bei Crédit Suisse. Bei uns wird abgebaut, investiert wird im Ausland. In der Schweiz werden Leute entlassen, derweil unsere Wirtschaft in Europa und anderswo Jobs schafft. Gründe genug, um wirtschaftspolitisch aktiv zu werden. Kein Grund aber, um auf die SP zu hören.

Markus R. Seiler,
Pressechef FDP Schweiz



Wirtschaftspolitisch herrscht nicht Freude, sondern Katerstimmung. Und immer wieder kommt die SP, redet von notwendigen Strukturanpassungen, von moderner Wirtschaftspolitik, von Technologieförderung und ruft die bürgerlichen Parteien auf, Farbe zu bekennen!

Klarstellung an die Adresse der SP nötig

Solche Kritik von linker Seite ist in aller Deutlichkeit zurückzuweisen. Angesichts der wirtschaftsfeindlichen Politik der SP in der Vergangenheit wie der Gegenwart ist es an der Zeit, folgendes klarzustellen:

■ Wenn die SP heute den Abbau von Arbeitsplätzen im Bankbereich beklagt, so muss sie sich daran erinnern lassen, dass sie selbst es war, die in der Vergangenheit alles unternommen hat, dem Finanzplatz Schweiz zu schaden.

Erinnert sei an dieser Stelle an die Bankeninitiative, an das Referendum gegen die Anpassung der Stempelsteuer und an Voten prominenter Sozialdemokraten bis hinauf zu Altbundesrat Stich, die befanden, der Finanzplatz Schweiz sei zu gross.

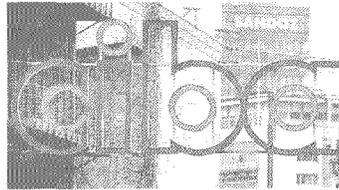
■ Wo immer es darum geht, in der Schweiz Strukturanpassungen zur Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit vorzunehmen, behindert die Linke dies nach Kräften.

Die Revision des Arbeitsgesetzes, die uferlosen Forderungen

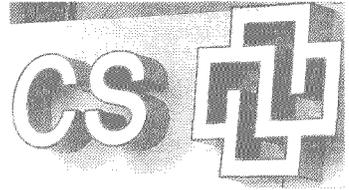
im Sozialbereich, die Weigerung, die Bundesfinanzen zu sanieren, belegen dies ebenso wie etwa die feindliche Einstellung gegenüber Zukunftstechnologien wie der Bio- und Gentechnologie.

Was wir in unserem Land zurzeit spüren, ist der rauhe Wind der Marktwirtschaft, die jetzt – endlich – nach dem Kollaps des Sozialismus ihren Siegeszug angetreten hat.

Es gilt nun, die saturierte Schweiz nach fünfzig Jahren Wachstum und Wohlstand wieder fit für den globalen Wettbewerb zu machen. Wie aber soll hierzu ausgerechnet jene Partei in der Lage sein, in deren Reihen immer noch ehemalige Wallfahrer zu



«Verunsicherung: Die Globalisierung fordert Umstrukturierungen, Entlassungen. Das schafft Nährboden für populistische Rezepte.»
(Photos key)



Ostberlin und Bukarest das Sagen haben?

Populismus oder Reformen?

Unkritisches Nachbeten von hohlen Phrasen und inhaltsleeren Deklarationen für mehr Wachstum machen die Mär von der finanz- und wirtschaftspolitischen Kompetenz der SP auch nicht wahrer. Letztlich muss sich jede Partei an ihren Taten messen lassen. Und diese sprechen für die Linke Bände.

Doppelspiel aufgeben

Die SP soll deshalb ihr schädliches Doppelspiel endlich aufgeben und klarmachen, wofür sie

letztlich einsteht: für billigen Populismus oder für echte wirtschaftspolitische Reformen. Sonst bleiben die Genossen weiterhin, was sie bis heute geblieben sind: wirtschaftspolitisch obdachlos. ■

Veranstaltungen, Messen, Ausstellungen, Promotion ...

Wieso wollen Sie viel Zeit, Geld und Nerven mit der Suche nach einer geeigneten Hostess für Ihren Anlass verlieren, wenn Sie einfach unsere Doku oder einen unverbindlichen Beratungstermin von uns verlangen können?

Fordern Sie uns heraus!

HAI Hostess-Agentur International
Zürichstrasse 130, 8600 Dübendorf
Telefon (01) 822 09 07, Natel (077) 46 76 74

Die FDP und die Staatssekretäre

Sehr geehrte Damen und Herren

Insbesondere freisinnige Politgrössen scheinen die Ablehnung der Staatssekretären-Vorlage schlecht verdaut und nicht verstanden zu haben. Dieses Projekt wurde nicht von einer unheiligen Allianz zwischen denjenigen Bürgern, denen die Regierungs- und Verwaltungsreform zu wenig weit ging, und solchen, denen sie zu weit ging, abgelehnt. Der Bürger war nicht unzufrieden mit der Distanz, welche auf dem vorgeschlagenen Weg zurückgelegt werden sollte. Er war mit der Wegrichtung nicht einverstanden: Die Restrukturierung der Aufgaben des Bundes und damit auch derjenigen unserer Regierung muss jetzt an die Hand genommen und nicht erst nach einem weiteren Ausbau der Verwaltung in Aussicht gestellt werden. Auch die Reaktion von Herrn Bundesrat Delamuraz löst bei mir kein Verständnis, schon eher Kopfschütteln aus, wenn er die Unternehmerschaft als Pseudopolitiker abqualifiziert, welche bei ihrem Leisten bleiben sollten.

Gerade solche Reaktionen von Berufspolitikern bestätigen die Notwendigkeit, dass Unternehmer und Mitarbeiter der Privatwirtschaft im Milizsystem als Korrektiv auftreten. Hoffentlich lassen sie sich durch solche Aussagen nicht noch mehr entmutigen, sondern viel eher herausfordern.

Aber auch ordnungspolitisch geht es ja in Bern im Rhythmus «liberale Aussagen – statistische Taten» weiter, wenn man sich die Absichten zur Tourismuspolitik aus dem Volkswirtschaftsdepartement oder den neuesten bundesrätlichen Umverteilungsentscheid im Rahmen des KVG zu Gemüte führt . . .

Fritz Lüdi, Flawil,
Kantonsrat

*

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist typisch, dass der Schweizer Freisinn für das RVOG die Ja-Pa-rolle herausgegeben hat. Unsere

Vertreter in Bern verlangen ja immer nur von den andern zu sparen. Beim Ausgeben machen sie immer munter mit.

Es ist daher absolut verständlich, dass der Vorort die Nein-Pa-rolle herausgegeben hat. Die Wirtschaft hat genug von der Geldverschleuderung. Die Wirtschaftsvertreter haben z. T. nur zu gut erfahren, dass mit einem «Wasserkopf» nicht effizienter gearbeitet werden kann.

Unser Bundesrat wird auch nicht stärker, wenn er ein paar «Halbbundesräte» neben sich hat. Entweder ist der Bundesrat

fähig, oder er wird mit Staatssekretären nicht fähiger.

Es wäre nun wirklich an der Zeit, dass unsere Vertreter in den Räten mit Sparen beginnen und der unsinnigen Gesetzesflut einmal Einhalt gebieten würden.

Man hat uns gelehrt, dass man zuerst über die eigene «Nase» hinaus schauen soll, bevor man andern Belehrungen erteilen will. Seit Bestehen unseres heutigen Staatsgebildes haben die sogenannten Bürgerlichen eine komfortable Mehrheit in den eidgenössischen Räten, aber immer wieder geben sie sich zu faulen

Kompromissen her. Das haben die sogenannten Linken schon lange gemerkt: Man muss nur zuviel verlangen, dann bekommt man von den bürgerlichen Kollegen das, was man eigentlich wollte.

Der gewöhnliche Bürger hat genug von diesem Spiel. Statt immer neue Gesetze zu produzieren, würde es unserer Partei gut anstehen, sich vermehrt für die Eigenverantwortung des Bürgers stark zu machen.

Jakob Berger-Neugebauer,
Seewis

Die Linke und die Gewalt

Zur Kolumne Kurt Müllers im Juniheft

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Recht auf Widerstand ist in der Staatslehre von jeher kontrovers diskutiert worden. Mit dem Ende der Naziherrschaft und den Nürnberger Prozessen mehrten sich die Stimmen derer, die den zumindest passiven Widerstand des aufgeklärten Bürgers gegen möglichen staatlichen Terror, zur Pflicht erklärten.

Es ist traurig und beschämend, dass ein geachteter Schweizer Philosoph nicht zu diesem Diskurs beitragen kann, ohne die Unterstellung, er wolle randalierende Jugendliche aufhetzen: In seiner Kolumne versucht Kurt Müller aus Meilen, Hans Saner in die Nähe gewaltbereiter Chaoten zu rücken, indem er dessen Gedanken über die Pflicht des Bürgers zum Widerstand verzerrt zitiert.

Es ist enttäuschend und ärgerlich, dass dies ausgerechnet in einem Blatt geschieht, dessen Herausgeberin eine liberale Partei ist. Das von Müller nur teilweise wiedergegebene Zitat lau-

det vollständig: «Der Absturz der Demokratie in die Diktatur legitimiert schliesslich auch blutige Formen des Widerstandes, sofern sie wirklich das System und seine Exponenten treffen und im Willen zur Demokratie ausgeübt werden».

Urs Bannwart, Solothurn

Leserbrief Bannwart, Replik

Urs Bannwart beanstandet, dass ich in meiner Kolumne über das «dubiose Verhältnis der Linken zur Gewalt» auch die *grosszügige Auslegung des «Widerstandsrechts»* durch fast die gesamte Linke einbezogen und als ein Exponent dieser Richtung den Philosophen Hans Saner zitiert habe.

Diese extensive Interpretation des Widerstandsrechts vom «zivilen Ungehorsam» bis zu «blutigen Formen» im Falle eines «Absturzes der Demokratie», wie sie Saner im Sommer 1984 in seiner Rede an der Universität Basel befürwortete, ist jedoch eine der geistigen Wurzeln dafür,

dass die Linke gegenüber linker Gewalttaten oft auffallend nachsichtig reagierte.

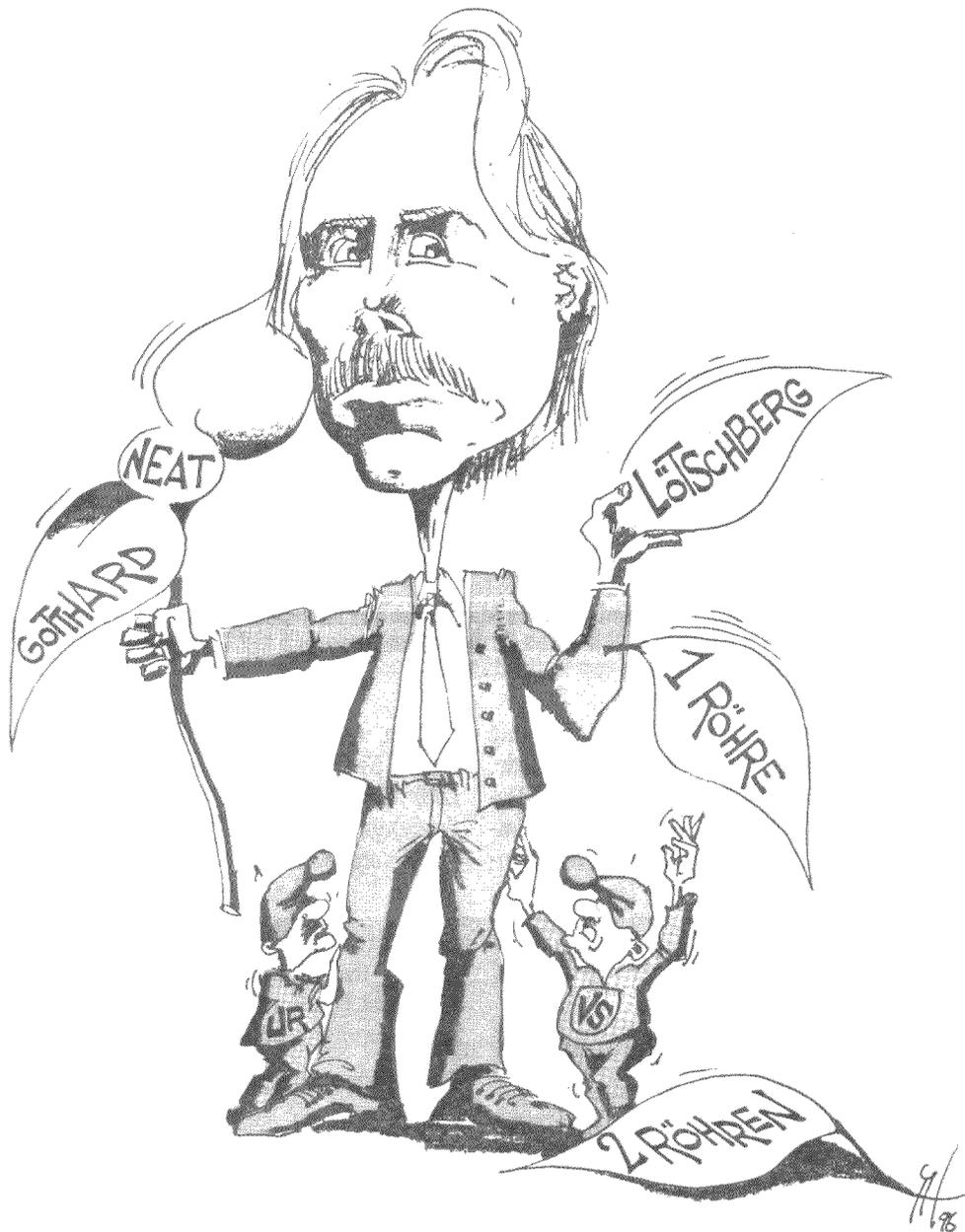
Zum «Absturz einer Demokratie» zählt Saner übrigens u. a. neben der Korruptiertheit des Staates auch «die Oligarchie der Verbände, der Parteien oder einer Schicht» oder «starke parlamentarische Gruppen, die nicht mehr ihre Wähler, sondern private Geldgeber» vertreten – also Phänomene, die eine recht weite Interpretation zulassen.

Dass er in einer Diktatur vom tätigen Widerstand abrät, da sie zur Verurteilung des Bürgers zum Opfer führt, ist befreiflich; nicht aber, dass er im Schlusssatz die *Demokratie zum «Ort der allgemeinen Pflicht zum Widerstand»* macht.

Hans Saner ist von mir in keiner Weise verzerrt zitiert worden. Zur *liberalen Haltung* gehört es, dass Hans Saner seine Haltung zum Widerstandsrecht in der Öffentlichkeit darlegen kann, aber nicht minder, dass diese Meinung kritisch unter die Lupe genommen wird.

Kurt Müller, Meilen

«Ich will sie, ich will sie nicht, ich will sie . . .»



Neat: Verkehrsminister Leuenberger auf der Suche nach der richtigen Lösung.

Karikatur Andreas Töns

Liberales Internationale wächst weiter

Nach knapp zwei Jahren Präsidium trat der Brite Sir David Steel auf den 47. Kongress der Liberalen Internationale (LI) vom 5. bis zum 8. Juni im holländischen Noordwijk hin zurück. An seiner Stelle wurde der niederlän-

dische Liberale Frits Bolkestein in dieses Amt gewählt. Als Vizepräsident aus der Schweiz bestätigt wurde Hugo Bütler. Als einer von drei Schatzmeistern wurde der Berner Nationalrat François Loeb gewählt.

Dr. Max Frenkel*

Der neue Präsident Bolkestein erklärte unter anderem, bis zum nächsten Kongress der LI im November 1997 in Oxford ein «Liberales Manifest für das 21. Jahrhundert» erarbeiten zu wollen.

Loeb gewinnt Kampfwahl

Nach der problemlosen Bestätigung aller Vizepräsidenten kam es zu Kampfwahlen um die Schatzmeister-Positionen, wo den drei vom Büro vorgeschlagenen William C. Graham (Kanada), Martina Gredler (Österreich) und François Loeb (FDP Schweiz), klar gegen den letzten gerichtet, von der dänischen

* Dr. Max Frenkel, Inlandredaktor bei der Neuen Zürcher Zeitung, ist langjähriges Mitglied der Delegation der FDP Schweiz bei der Liberalen Internationale.



LI-Kongress in Noordwijk: Die Mitglieder der FDP-Delegation Max Frenkel (rechts) und Markus R. Seiler im Gespräch mit Vertretern der Stadtregierung von Rotterdam.

Det Radikale Venstre Henning Nielsen entgegengestellt wurde. Gewählt wurden von den 320 Delegierten mit insgesamt 433 Stimmen die erstgenannten drei Kan-

didaten, wobei Loeb seinen dänischen Rivalen nach intensiver Lobbytätigkeit der beiden Landesdelegationen mit 270 gegen 167 Stimmen schlug.

Weltweiter Zusammenschluss liberaler Parteien

MRS. Die Liberale Internationale (LI) ist der weltweite Zusammenschluss liberaler Parteien, Bewegungen und Politiker. Unter ihrem Dach soll der Gedankenaustausch und die Suche nach liberalen Lösungen für die spezifischen Fragen unserer Zeit auch über die Grenzen hinaus ermöglicht werden.

Regierungsverantwortung in zwanzig Staaten

Die Liberale Internationale wurde 1947 auf Initiative belgischer, britischer und norwegischer Liberaler in Oxford gegründet. Im Zuge vor allem des

Zusammenbruchs des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa vergrösserte sich die Zahl der Mitglieder in den letzten Jahren auf über siebzig Parteien mit insgesamt mehr als 3 Millionen Einzelmitgliedern, verteilt über 50 Länder. Es finden sich darunter Parteien aus Staaten mit einer langen liberalen Tradition wie Kanada und die Niederlande, aber auch Mitglieder aus Ländern wie Paraguay, Senegal, Honduras, Taiwan und Malawi, wo die Hauptanstrengungen nach wie vor auf der Bewahrung oder gar der Einführung grundlegender demokratischer Prinzi-

pien liegen. In rund zwanzig Staaten tragen Mitgliederparteien der Liberalen Internationalen Regierungsverantwortung.

Ausnahmeerscheinung FDP

Unter den Mitgliedern der Liberalen Internationalen stellt die FDP der Schweiz gleich in doppelter Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung dar: Nicht nur ist sie mit einem Wähleranteil von gut 20 Prozent auf nationaler Ebene die grösste Partei der Schweiz, während liberale Parteien anderer Staaten nicht selten relativ kleine Gruppierungen darstellen. Vielmehr darf die FDP mittlerweile auch auf nunmehr rund 150 Jahre ununterbrochener Regierungstätigkeit zurückblicken.

Weit weg

Am Kongress kam die Schweizer Delegation auch mit der Führung der Liberaldemokratischen Partei Nepals ins Gespräch.

Wie sie dazu kämen, das Hakenkreuz als Parteisymbol zu wählen, wollten die Schweizer von ihren Gesprächspartnern wissen. Das sei ein uraltes Glückssymbol, erklärten letztere, und in einem Land, wo analphabetische Wähler nach Symbolen stimmten, sehr wichtig. Aber man habe hier gemerkt, dass diese Swastika offenbar auch einmal von einem europäischen Diktator verwendet worden sei: «Napoleon oder so».

Man kann sich über so viel «liberale Unkenntnis der jüngsten Geschichte empören. Man tut aber vielleicht besser daran, sich zu fragen, was wohl die junge Generation bei uns über das Asien der dreissiger Jahre weiss. ■

Weiter wurden in Noordwijk neun neue Mitglieder aufgenommen. Dazu kamen weitere fünf Beobachter.

Martin Lee geehrt

Das Kongressthema «Medien und Demokratie» wurde mit einem anregenden und beispielreichen Bericht des neuen LI-Präsidenten sowie einer Rundtischdiskussion der Journalisten Peter Arnett (CNN), Joseph Fitchett («International Herald Tribune»), Thomas Kielinger («Rheinischer Merkur») und Jordi Vilajoana (Katalanisches Radio und Fernsehen) eingeleitet. Die formale Hauptarbeit des Kongresses war dann neben dem Kongressthema verschiedenen Resolutionen gewidmet. So interessant die Diskussionen und Grundlagenpapiere auch waren, so wenig praktische Wirkung dürften sie allerdings haben.

Eindrücklicher Abschluss des Kongresses bildete die Überreichung des Freiheitspreises an Martin Lee, Führer der demokratischen Opposition in Hongkong. ■